

Das Rote

Wien in Zahlen

1919 – 1934



mit sieben Textbeiträgen

Stadt
Wien

Wirtschaft, Arbeit
und Statistik



Weitere Publikationen
der Reihe

Wien in Zahlen

Wien in Zahlen 2019

Der Klassiker: Mit Augenzwinkern bietet diese Broschüre einen Überblick über die wichtigsten Aspekte des Lebens in Wien.

AUCH AUF ENGLISCH ERHÄLTLICH

Forschung und Entwicklung 2018 Wirtschaftsstandort 2018

In den neu entwickelten Broschüren werden die wichtigsten Daten zum Wirtschafts- bzw. Forschungsstandort übersichtlich dargestellt und erklärt.

AUCH AUF ENGLISCH ERHÄLTLICH

Wien in Europa 2019

Die wirtschaftlichen, kulturellen und persönlichen Verflechtungen zwischen Wien und Europa sind nicht mehr wegzudenken. Wir haben die wichtigsten Daten unterhaltsam aufbereitet.

Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 2019

Die umfassende und traditionsreiche statistische Publikation enthält Informationen aus allen Bereichen der amtlichen Statistik sowie aus externen Quellen.

ERHÄLTLICH AB DEZEMBER 2019

Diese Publikation ist auch als Informationsbroschüre ohne Textartikel erschienen. Alle Grafiken und Texte finden Sie auf 100jahrerotes.wien.gv.at.

Alle Publikationen stehen kostenlos auf statistik.wien.gv.at zum Download zur Verfügung. Das Statistische Jahrbuch kann auf unserer Homepage zudem in gedruckter Form käuflich erworben werden.

Das Rote
Wien
in Zahlen
1919 – 1934

Textband

Vorwort	2
Editorial	3
Auf einen Blick	4
01 Wien wählt	6
Eine kleine Revolution an den Wahlurnen: Wie Wien rot wurde	10
02 Bevölkerung	16
Demografischer Wandel im Roten Wien	20
03 Finanzen	26
Sozialer Ausgleich und Investitionen: die Steuerpolitik des Roten Wien	28
04 Wiener Gemeindebauten	34
Von der Wohnungsnot im 19. Jahrhundert zum sozialen Wohnbau im Roten Wien	38
05 Leben im Roten Wien	46
Das Leben im Roten Wien: Sozialpolitik, Bildung, Arbeit und Freizeit	50
06 Wohnen	56
Vom Bettgeher zur Sharing Economy: der Wandel der Ökonomie des Teilens	58
07 Wien und Niederösterreich	64
Wien ist anders. Niederösterreich auch.	68
Isotype	74
Impressum	76

Vorwort

Jakob Reumann, der erste demokratisch gewählte Wiener Bürgermeister, spricht in seiner Antrittsrede 1919 von einem „traurigen Erbe“: Nach dem verlorenen Krieg war die ehemalige k. u. k. Metropole von Krankheit, Armut und Schulden geplagt. Trotz der schwierigen Ausgangslage bleibt er optimistisch, dass Wien durch „Schaffensfreude und Arbeit“ allen Bewohnern ein lebenswertes Dasein ermöglichen werde.

Die Situation ist desolat, die Hoffnungen in die Sozialdemokratie groß. Dank ihres innovativen Tatendrangs kann die neue Stadtregierung schnell liefern und Verbesserungen der Lebenssituation erreichen: mehr als 60.000 Gemeindewohnungen, Steuererleichterungen für die unteren Schichten, Bildungsreform, über 80 neue Kindergärten, 20 Kinderbäder, Halbierung der Säuglingssterblichkeit und vieles mehr. Das Rote Wien wird in nur 15 Jahren zum Mythos.

Unser heutiger Wiener Weg des Miteinanders beruht auf den Ideen und Errungenschaften dieser Reformperiode. Ohne sie wäre Wien heute nicht eine der wohlhabendsten, sichersten und lebenswertesten Städte der Welt. Anlässlich des 100-jährigen Jubiläums dieser bedeutenden Zäsur lade ich Sie zu einer statistischen Zeitreise ein, um Leben und Politik im Roten Wien besser kennenzulernen!



Michael Ludwig
Bürgermeister und Landeshauptmann
von Wien

Editorial

Das Rote Wien begegnet einem noch heute auf Schritt und Tritt: Reumannplatz, Karl-Seitz-Hof, Ernst-Happel-Stadion (Sitz der Statistikabteilung der Stadt Wien), Stadtverfassung und vieles mehr stammen aus bzw. erinnern an diese Zeit. Das 100-jährige Jubiläum der „kleinen Revolution“ 1919 war für uns als Stadt-Statistiker eine gute Gelegenheit, wieder in unseren und anderen Archiven zu stöbern.

Um der Vielfalt des Roten Wien gerecht zu werden, haben wir sieben Themen ausgewählt. Natürlich waren wir Einschränkungen bei Datenqualität und -verfügbarkeit unterworfen, nicht zuletzt aufgrund der damaligen Wirtschaftslage. Gleichzeitig haben wir Bezüge zu heute hergestellt, um die nachhaltige Bedeutung dieser Aufbruchperiode zu zeigen.

Wie immer in unserer Reihe „Wien in Zahlen“ finden Sie in diesem Heft keine komplizierten Tabellen, sondern hochwertige Datengrafiken – ganz in der Tradition des obersten „Bildstatistikers“ des Roten Wien, Otto Neurath. Neben diesem umfassenden Textband bieten wir eine schmalere Version der Broschüre mit den grafischen Datengeschichten an. Selbstverständlich gibt es alle Daten und Informationen auch im Internet. Wir hoffen auf Ihr Interesse und freuen uns auf Ihre Rückmeldungen!



Klemens Himpele
Leiter der Abteilung Wirtschaft, Arbeit
und Statistik der Stadt Wien

Auf einen Blick

Rotes Wien 1919 – 1934

„Unser geliebtes Wien wird seine Lebenskraft beweisen und eine Stadt der Schaffensfreude und der Arbeit sein, die allen ihren Bewohnern ein lebenswertes Dasein ermöglicht.“ – Bürgermeister Jakob Reumann in seiner Antrittsrede 1919

Wahlen

60,3%

Historischer

**Wahlerfolg
der SDAP**

bei der Gemeinderatswahl 1927

Bevölkerung

Jeder 3.

**Mensch in
Österreich**

lebte in der Bundeshauptstadt
(Heute: jeder 5.)

„Es ist erstaunlich und in höchstem Maß bewundernswert, was hier vom hygienischen, ästhetischen und sozialen Standpunkt an Vorbildlichem geschaffen wurde und von keiner Stadt der Welt übertroffen wurde.“

– Thomas Mann, 1932

**„Statistik ist das Werkzeug
des proletarischen Kampfes.“**
– Otto Neurath, 1928

Gemeindebau

Mehr als

60.000

**Gemeindewohnungen wurden im
Roten Wien gebaut**

Leben im Roten Wien

25

**Bäder wurden in der
Zeit des Roten Wien
eröffnet**

Wohnen

3,8 %

**auf 0,1% Rückgang
der Bettgeher an der
Gesamtbevölkerung
1890 bis 1934**

Finanzen

40 %

der Einnahmen
der Stadt 1934 waren
Gemeinde- und Landessteuern
(Heute etwa 10%)

Wien & Niederösterreich

50,1 %

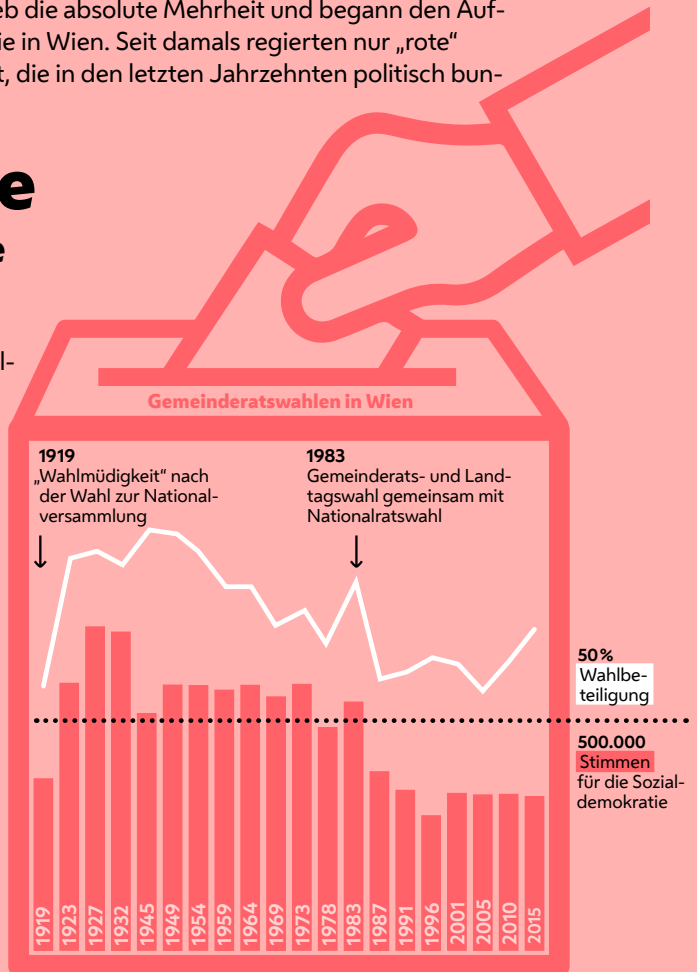
der österreichischen Bevölkerung
**leben 1934 in Wien oder
in Niederösterreich**
(Heute: 40,4%)

Wien wählt

1918 wurde mit der Einführung des freien und gleichen Wahlrechts für alle Männer und Frauen der Grundstein für das Rote Wien gelegt. Davor bevorzugte das undemokratische Kurienwahlssystem die Stimmen von wenigen Wohlhabenden, was den bürgerlichen Parteien die Macht sicherte. Bei der ersten demokratischen Gemeinderatswahl 1919 änderten sich die Verhältnisse radikal: Mithilfe der nun wahlberechtigten Arbeiterschaft erzielte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) auf Anhieb die absolute Mehrheit und begann den Aufbau ihrer sozialen Utopie in Wien. Seit damals regierten nur „rote“ Bürgermeister die Stadt, die in den letzten Jahrzehnten politisch bunter geworden ist.

100 Jahre stimmenstärkste Partei in Wien

Seit 1919 erreichte die Sozialdemokratie bei den Wiener Gemeinderatswahlen stets Platz 1.

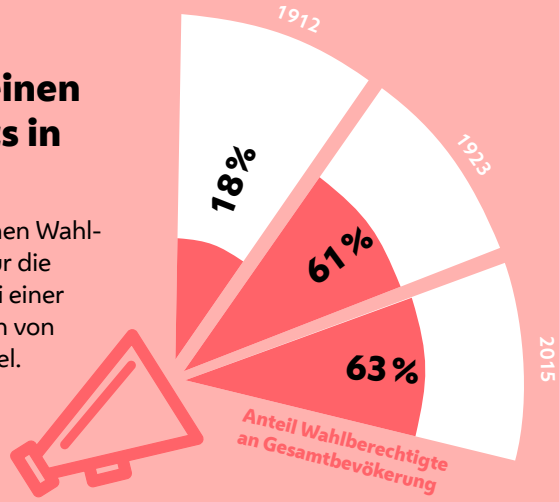


Wie alles begann ...

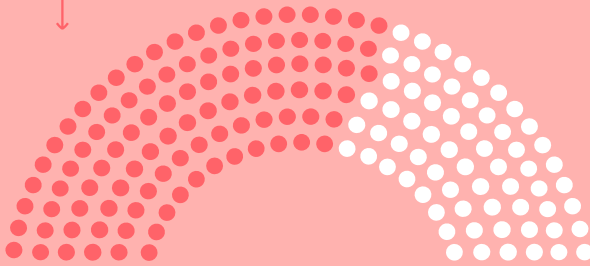
1918

Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Österreich

Nach der Einführung des demokratischen Wahlrechts 1918 verdreifachten sich nicht nur die Wahlberechtigten in Wien; erstmals bei einer Gemeinderatswahl zählten die Stimmen von Arbeitern und Wohlhabenden gleich viel.



100 von 165 Mandaten
1919 erreichte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei auf Anhieb die absolute Mehrheit im Wiener Gemeinderat.



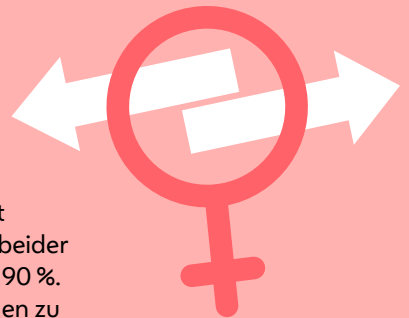
1919

Gemeinderatswahl

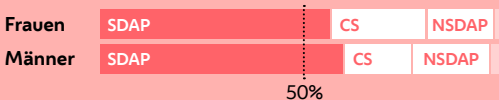
Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP)	54,2 %
Christlichsoziale Partei (CS)	27,1 %
Partei der sozialistischen und demokratischen Tschechoslowaken	8,4 %
Deutschnationale Partei	5,4 %
Vereinigte demokratische Partei	2,6 %
Jüdischnationale Partei	1,9 %
Sonstige	0,4 %

Frauen wählen früher eher konservativ, heute eher links

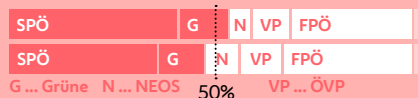
Frauen und Männer wählten in der Zwischenkriegszeit mit verschiedenfarbigen Stimmzetteln – die Wahlbeteiligung beider Geschlechter unterschied sich kaum und lag meist um die 90 %. Die Wienerinnen neigten damals eher den Christlichsozialen zu als die Wiener. Heute stimmen Frauen – im Vergleich zu Männern – vermehrt für linke Parteien.



Gemeinderatswahl 1932



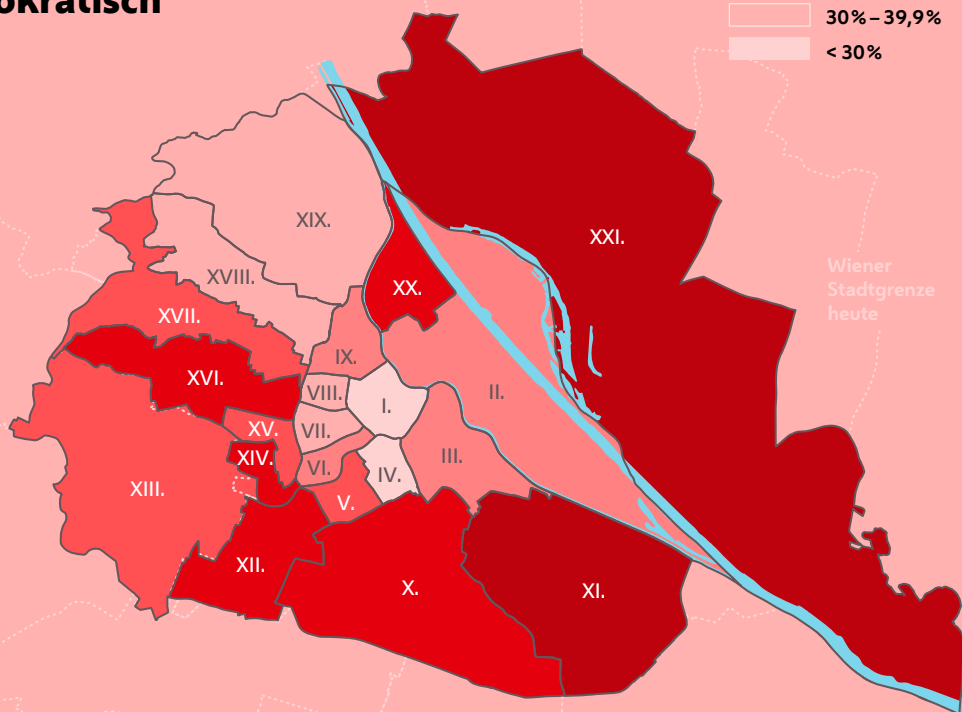
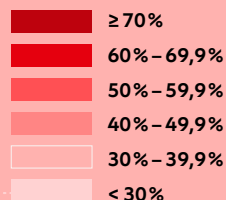
Gemeinderatswahl 2015



Rote Hochburgen

1919 wählten vor allem die Außenbezirke sozialdemokratisch

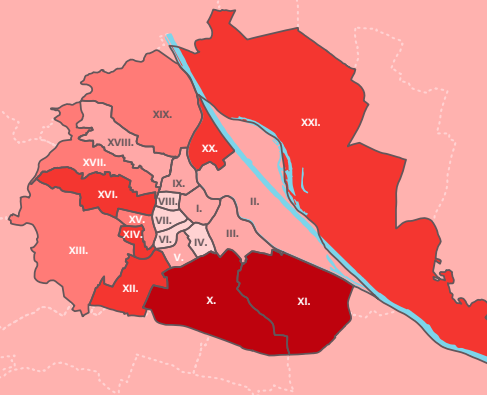
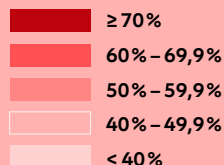
Anteil SDAP-Wähler 1919



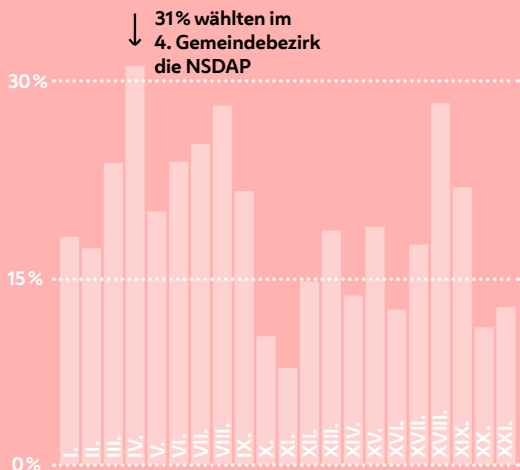
Bei der Gemeinderatswahl 1919 waren die Sozialdemokraten (SDAP) besonders in den Arbeiterbezirken am Stadtrand stark. Die SDAP schaffte es, sowohl Arbeiterinnen als auch Arbeiter in Massen zu mobilisieren. Die Christlichsozialen waren in den Innenbezirken dagegen nicht so erfolgreich, ihre potenziellen Wählerinnen und Wähler an die Urnen zu bringen.

1934 lebten die meisten Arbeiter in den Außenbezirken

Anteil Arbeiter 1934



Anteil NSDAP-Wähler 1932



1932

Das Rote Wien am Vorabend der faschistischen Machtübernahme

Bei der letzten demokratischen Gemeinderatswahl in der Ersten Republik traten zum einzigen Mal auch die Nationalsozialisten (NSDAP) an. Ihre stärksten Ergebnisse führen sie in traditionell bürgerlichen Bezirken ein. Die Arbeiterinnen und Arbeiter blieben der Sozialdemokratie dagegen treu – sie konnte knapp 60% halten.

Das bunte Wien

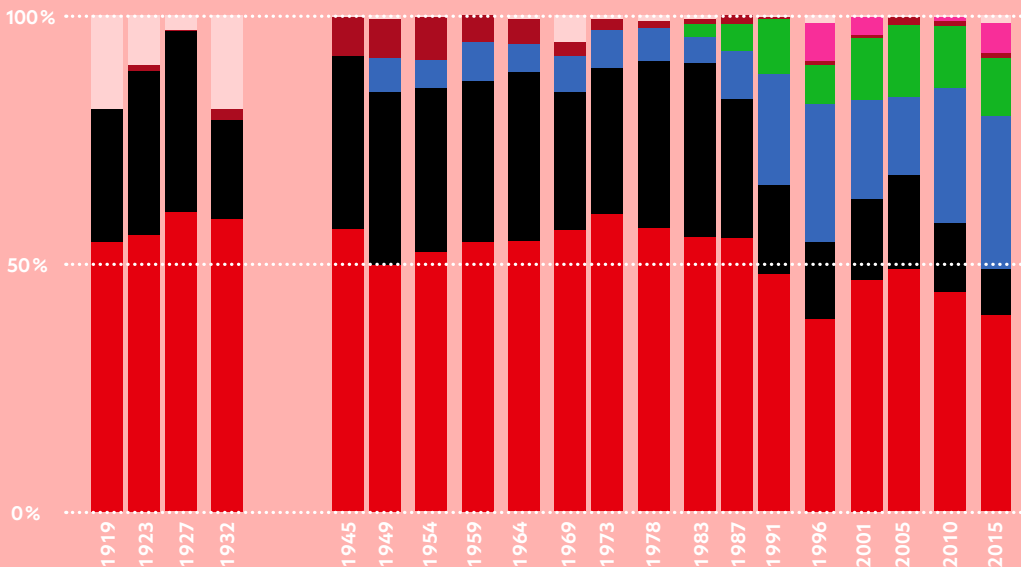
Wahlergebnisse seit 1919

In der Nachkriegszeit konnte die SPÖ an die Wahlerfolge aus dem „Roten Wien“ anknüpfen. Ende der 1980er-Jahre begann die Parteienlandschaft vielfältiger zu werden: Die Sozialdemokratie blieb zwar stärkste Kraft, verlor aber die absolute Mehrheit und musste 1996 erstmals eine Koalition (mit der ÖVP) eingehen.



Ergebnis der Gemeinderatswahl 2015

SPÖ	39,6%
ÖVP	9,2%
FPÖ	30,8%
Grüne	11,8%
KPÖ	1,0%
NEOS	6,2%
Andere	1,3%



Eine kleine Revolution an den Wahlurnen: Wie Wien rot wurde

von Franz Trautinger

**Wie Wien rot wurde, ist schnell erzählt: Bei der ersten freien Gemeinderatswahl 1919 gewann die Sozialdemokratie über-
ragend; seitdem regiert sie das demokratische Wien. Was in
dieser Nüchternheit untergeht: 1919 war für Wien eine kleine
Revolution. Von einem Tag auf den anderen übernahm die Inte-
ressenvertretung der Arbeiterschaft die Geschicke der Stadt;
der starken Verbindung zwischen Partei und Lohnabhängigen
konnten auch die Nationalsozialisten nichts anhaben. Als sich
Wien ab Ende der 1980er-Jahre sozial und demografisch ver-
änderte und die „Arbeiterklasse“ kleiner wurde, wandelte sich
auch die Wählerschaft: Diese ist heute nicht nur gesellschaft-
lich, sondern auch räumlich immer mehr in der Mitte zu finden.**

Der Systembruch 1918 von der Monarchie zur demokratischen Republik war der Grundstein für das Rote Wien. Das freie und gleiche Wahlrecht ermöglichte der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei SDAP die Stadtregerung in Wien zu übernehmen und mit der Verwirklichung ihrer sozialutopischen Ideen zu beginnen.

Bis dahin sicherte das undemokratische Kurienwahlrecht liberalen und konservativen Honoratioren den Bürgermeistersessel, da die Stimmen der Wohlhabenden stärkeres Gewicht hatten. Obwohl 1912 nur 42% der Wähler für Karl Luegers Christlichsoziale Partei stimmten, erhielt sie im Gemeinderat 82% der Mandate. Aber selbst diese 42% entsprachen nicht dem Volkswillen, sondern ergaben sich durch massive Einschränkungen der Wahlberechtigten: Zugelassen waren nur Männer über 24 Jahre, die einen dreijährigen Wohnsitz in Wien nachweisen konnten – was insbesondere Ärmere ausschloss. In den ersten republikanischen Wahlen 1919 kamen die Christlichsozialen nur noch auf 27%.

In der Kaiserzeit waren nur 18% der Wiener formal wahlberechtigt – nach 1918 waren es mit einem Schlag rund 60%. Dieser Wert ist heute in etwa gleich hoch, weil sich verschiedene, gegensätzlich wirkende Faktoren ausgleichen: Die Verringerung des Wahlalters von 20 auf 16 Jahre und der geringere Anteil junger, nicht-wahlberechtigter Wiener heute (28 vs. 19%) steht dem Anstieg des Ausländeranteils von 12 auf 30% gegenüber. Den Höchststand erreicht das Verhältnis von Wahlberechtigten und Bevölkerung 1969 mit fast 80%, als Wien als eine der ältesten Städte der Welt galt und ethnisch sehr homogen war.

Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Österreich

Ein Drechsler und ein Volksschullehrer als Bürgermeister

Etwa die Hälfte der 1919 wahlberechtigten Wählerschaft waren Arbeiterinnen und Arbeiter. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, Vorgängerin der heutigen SPÖ, verstand dieses Potenzial zu nutzen, und schaffte bei den ersten freien Gemeinderatswahlen 1919 auf Anhieb 54%. Gemeinsam mit den 8% der Partei der sozialistischen und demokratischen Tschechoslowaken kratzte die politische Linke sogar an der Zwei-Drittel-Mehrheit. Die Wahlbeteiligung war mit 61,3% allerdings niedrig. Dies könnte mit „Wahlmüdigkeit“ nach der Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung weniger als drei Monate zuvor zu tun haben, an der 84% der Wiener teilnahmen.

Gemeinderatswahl 1919

Der Drechsler und Gewerkschafter Jakob Reumann (vgl. „Reumannplatz“ in Favoriten) wurde erster demokratisch gewählter Bürgermeister von Wien und ab der de facto-Trennung von Niederösterreich 1920 auch Landeshauptmann (siehe [Wien und Niederösterreich](#)). Mit dabei waren damals schon Finanzstadtrat Hugo Breitner (siehe [Finanzen](#)) und der Sozialreformer Julius Tandler (siehe [Leben im Roten Wien](#)).

Bei der nächsten Gemeinderatswahl 1923, die gleichzeitig mit der Nationalratswahl abgehalten wurde, stieg die Beteiligung auf 91% – bis in die 50er-Jahre sollte sie auf diesem Niveau bleiben. Die Sozialdemokratie wiederholte ihren Erfolg auch bei erhöhtem Wählerinteresse und erreichte fast 56%. Nachdem Reumann

zurücktrat, wurde der ehemalige Volksschullehrer Karl Seitz Bürgermeister und Landeshauptmann.

70% und mehr: SDAP vor allem in Arbeiterbezirken stark

Auf Bezirksebene entsprach das SDAP-Wahlergebnis in der Ersten Republik stets ungefähr dem Anteil der Arbeiterinnen und Arbeiter: Ganz vorne war Simmering, mit 73% SPÖ-Stimmen und 70% Arbeitern. Es folgten Floridsdorf, Ottakring, die Brigittenau, Favoriten, Rudolfsheim und Meidling, mit Anteilen von über 60%. Am schwächsten war die SDAP **Rote Arbeiterhochburgen** in den bürgerlichen Innenbezirken: In der Inneren Stadt, der Wieden, der Josefstadt und dem Neubau wurde sie von ihren damaligen Hauptkonkurrenten, den Christlichsozialen (Vorläufer der ÖVP), auf den zweiten Platz verwiesen und erreichte nur 21 bis 35%. Nicht ganz zufällig gehören diese Bezirke auch heute noch zu jenen, in denen die SPÖ keine Bezirksvorsteher stellt – wobei die Wieden seit 2010 aufgrund der Spaltung des bürgerlichen Lagers sozialdemokratisch regiert wird.

Dieses Bild hat sich bis heute gewandelt: Zwar ist die heutige SPÖ in den ehemaligen Arbeiterbezirken weiterhin stark, der Vorsprung gegenüber den bürgerlichen Bezirken ist aber deutlich geschrumpft. Stärkster und schwächster Bezirk lagen 1919 über 50 Prozentpunkte auseinander – heute sind es nur knapp über 10.

Damals wie heute spielen die (alten) Hochburgen aber eine wesentliche Rolle für die Wiener Sozialdemokratie, da es sich meist um bevölkerungsreiche Bezirke handelt: In den Top 5-Arbeiterbezirken stimmten 30% der Wähler ab. Die SDAP holte sich dort sogar 37% ihrer Gesamtstimmen, die Christlichsozialen nur 20%.

Dennoch waren die Sozialdemokraten in der Ersten Republik auch für andere Wählerschichten attraktiv: Eine interne Auswertung des Magistrats aus dem Jahr 1923 zeigt, dass die Wahlbeteiligung unter Arbeitern geringer war als beim Rest der Wiener Bevölkerung. Obwohl die Arbeiter und Arbeiterinnen ungefähr 50% der Wahlberechtigten ausmachten, lag ihr Anteil bei den tatsächlichen Wählern nur bei 35%. Die SDAP erreichte damals

56%, wobei wohl nicht alle wählenden Arbeiter für die Sozialdemokratie stimmten. Es ist der SDAP also gelungen, in die Mittel- bzw. Angestelltenschicht vorzudringen ohne ihre Stammklientel zu verlieren. Dabei dürften auch die jüdischen Wiener und Wienerinnen, die damals 10% der Bevölkerung ausmachten, eine Rolle gespielt haben.

Frauenwahlrecht nützt Christlichsozialen

Eine weitere Besonderheit, die es auch nach dem Krieg noch gab, waren verschiedenfarbige Stimmzettel für Männer und Frauen.

Durch die getrennte Auszählung konnte man exakt feststellen, wie sich das Wahlverhalten der Geschlechter unterschied: Frauen waren den Christlichsozialen mehr zugeneigt als die Männer (39 vs. 33% bei der Gemeinderatswahl 1927). Gleichzeitig schnitt die Sozialdemokratie bei den Wienerinnen etwas schwächer ab (58 vs. 63%).

Als 1932 die NSDAP bei der Gemeinderatswahl antritt, fand sie bei den Frauen weniger Zustimmung als den Männern (16 vs. 19%).

**Frauen wählen
früher eher
konservativ,
heute eher links**

Arbeiter meiden die Nazis, Bürgertum radikalisiert sich

Zwischen 1918 und 1934 fanden in Wien vier demokratische Gemeinderatswahlen statt. Bei allen konnte sich die SDAP klar durchsetzen, 1927 stellte sie den noch heute intakten Rekord von 60,3% auf. Am Vorabend der faschistischen Machtergreifung 1932, als die letzten freien Wahlen der Ersten Republik stattfanden, traten zum ersten und einzigen Mal in Wien auch die Nationalsozialisten (NSDAP) an.

Sie schafften 17%, konnten aber nicht in die sozialdemokratischen Wählerschichten eindringen. Die Arbeiterinnen und Arbeiter blieben der SDAP treu, die knapp 60% halten konnte.

**Das Rote Wien
am Vorabend der
faschistischen
Machtübernahme**

Die Wähler der Hitler-Partei stammten nicht aus der Arbeiterschaft, sondern dem städtischen Großbürgertum. Dessen Radikalisierung führte zur Wahlschlappe der Christlichsozialen, die nur noch auf 20% kamen. Die Hochburgen der Nazis waren die Wieden mit 31% sowie Währing, die Josefstadt und der Neubau mit 25 bis 30%. Am wenigsten Zustimmung genoss die NSDAP in den

01 Wien wählt

traditionellen „roten“ Arbeiterbezirken: Simmering (7%), Favoriten, Brigittenau, Ottakring, Floridsdorf und Rudolfsheim (13%).

Zwei Jahre später erfüllten sich die Christlichsozialen ihren lang gehegten Wunsch und setzten dem Roten Wien ein gewaltsames Ende. Im Zuge des österreichischen Bürgerkrieges wurde Bürgermeister Seitz von Engelbert Dollfuß' faschistischer „Ständestaat“-Regierung abgesetzt und verhaftet.

100 Jahre später: Das bunte Wien

Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte die wiedergegründete SPÖ an die Erfolge der SDAP im Roten Wien anknüpfen: Bis in die 1980er-Jahre vereinigte die Partei immer mehr als eine halbe Million Stimmen auf sich (Ausnahme 1978), die Wahlergebnisse lagen zwischen 50 und 60%. Dann bekam auch die erfolgsverwöhnte Wiener SPÖ die postmoderne Zersplitterung der westeuropäischen Parteiensysteme zu spüren: Ende der 1980er-Jahre begann der Aufstieg der FPÖ und die Grünen wurden gegründet. 1987, ein Jahr nachdem Jörg Haider **Das bunte Wien** Vorsitzender der Freiheitlichen wurde, sackte die Wahlbeteiligung von 85 auf 64% ab. Die SPÖ konnte ihre Mehrheit mit 55% zwar klar halten, hatte aber auf einmal 150.000 Wählerinnen und Wähler weniger. 1996 verlor die Traditionspartei die absolute Mehrheit im Gemeinderat, erstmals wurde eine Koalitionsregierung gebildet (mit der ÖVP). 2001 gewann die SPÖ die absolute Mandatsmehrheit zurück, 2010 verlor man sie wieder. Seitdem regieren die Sozialdemokraten gemeinsam mit den Grünen. Die Wahlbeteiligung lag bei der letzten Gemeinderatswahl 2015 wieder bei 75%, die SPÖ schaffte 40%.

Da heute alle Wählerinnen und Wähler mit weißen Stimmzetteln abstimmen, weiß man nur aus Umfragen, welchen Parteien Männer und Frauen eher zuneigen. Die Tendenz hat sich gegenüber der Zeit des Roten Wien geändert: Frauen wählen heute eher SPÖ als Männer. Bei der FPÖ-Wählerschaft, die stark im Arbeitermilieu verwurzelt ist, verhält es sich umgekehrt.

Die SPÖ Wien-Wähler sind heute wohl unterschiedlicher denn je: die Partei ist bei Selbstständigen so beliebt wie bei Unselbstständigen, bei Akademikern wie bei Lehrabsolventen (wo sie von der

FPÖ auf hohem Niveau knapp überholt wurde). Die fast 700.000 Stimmen, die die SDAP 1927 auf sich vereinen konnte, liegen in der vielfältigen Parteienlandschaft des frühen 21. Jahrhunderts in weiter Ferne. Trotzdem sind auch zwei weitere Rekorde ungebrochen geblieben: Bei jeder Gemeinderatswahl seit der „kleinen Revolution“ 1919 landete die SPÖ auf dem ersten Platz; seitdem kamen alle demokratisch gewählten Wiener Bürgermeister aus der Sozialdemokratie.

Franz Trautinger ist Leiter der Stabsstelle Kommunikation der Abteilung Wirtschaft, Arbeit und Statistik der Stadt Wien. Er hat Politikwissenschaft und Romanistik studiert.

Quellen

Seliger, M. und Ucakar, K. (1984): Wahlrecht und Wählerverhalten in Wien 1848–1932. Privilegien, Partizipationsdruck und Sozialstruktur. Wien: Jugend und Volk.

Seliger, M. und Ucakar, K. (1985): Wien. Politische Geschichte. Entwicklung und Bestimmungskräfte großstädtischer Politik, Band 2: 1896–1934. Wien: Jugend und Volk.

SORA und ISA (2015): Wahlanalyse Gemeinderatswahl Wien 2015. URL: sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2015_LTW-Wien_Wahl-analyse.pdf.

Stadt Wien (2019): Wien Geschichte Wiki: Volkshochschule. URL: geschichtewiki.wien.gv.at/Gemeinderatswahlen.

Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 1930–1935.

Wenninger, F.: Die „braune“ Wieden: NS-Wahlerfolge und ihre Ursachen. URL: juedische-wieden.at/die-braune-wieden-ns-wahlerfolge-und-ihre-ursachen.

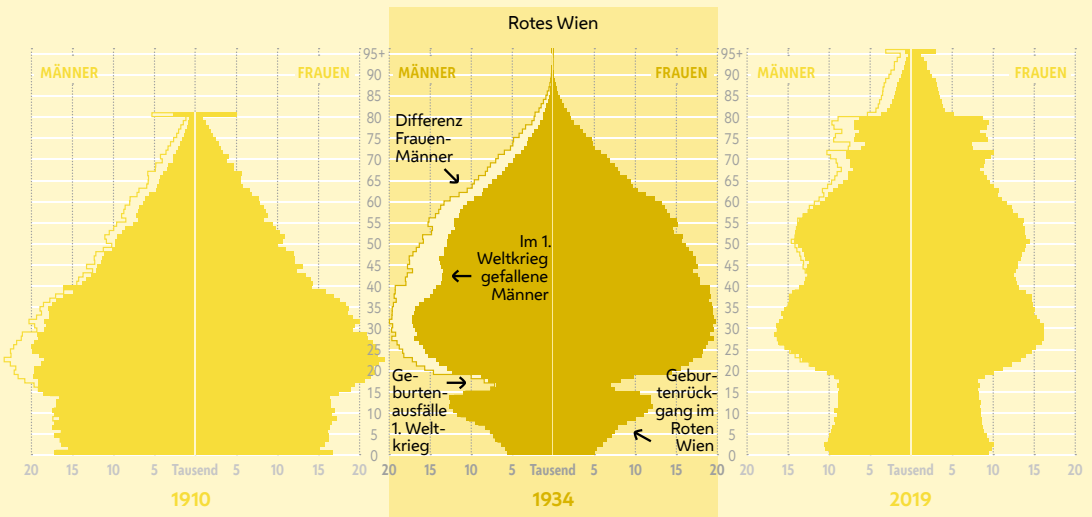
Bevölkerung

Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg schrumpfte Wien aufgrund der Abwanderungswelle im Zuge der Auflösung der Monarchie und der erhöhten Sterblichkeit (Gefallene, Seuchen) stark. In den folgenden 15 Jahren des Roten Wien änderte sich der Bevölkerungsstand kaum – die Struktur der Bevölkerung aber sehr wohl: Der Anstieg der Lebenserwartung, der Rückgang der Fertilität und die Zuwanderung aus dem Umland prägten die Wiener Bevölkerung der Zwischenkriegszeit.

Veränderung der Altersstruktur

jeweiliger Gebietsstand

Die Altersstruktur im Roten Wien war geprägt durch den Geburtenausfall während der Weltwirtschaftskrise ab 1929 und einen Frauenüberhang. Dafür verantwortlich waren die höhere Lebenserwartung von Frauen, die Folgen des Ersten Weltkriegs und die verstärkte Zuwanderung jüngerer Frauen.



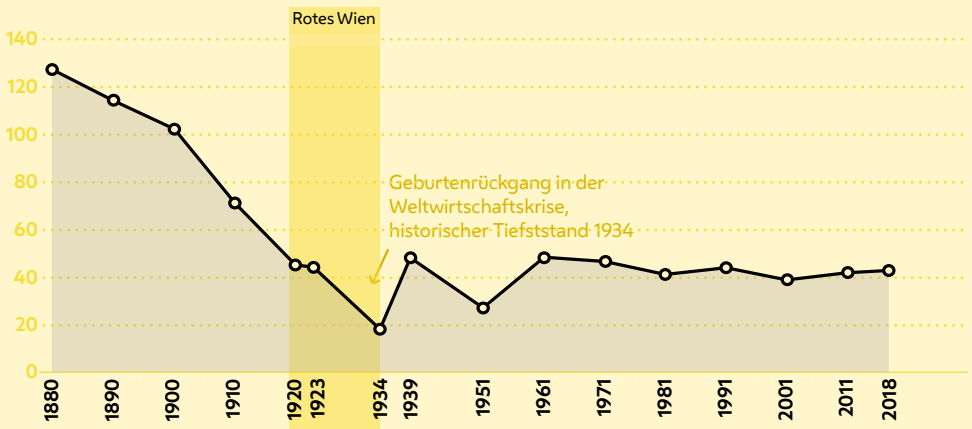
Veränderung der Einwohnerzahl

heutiger Gebietsstand



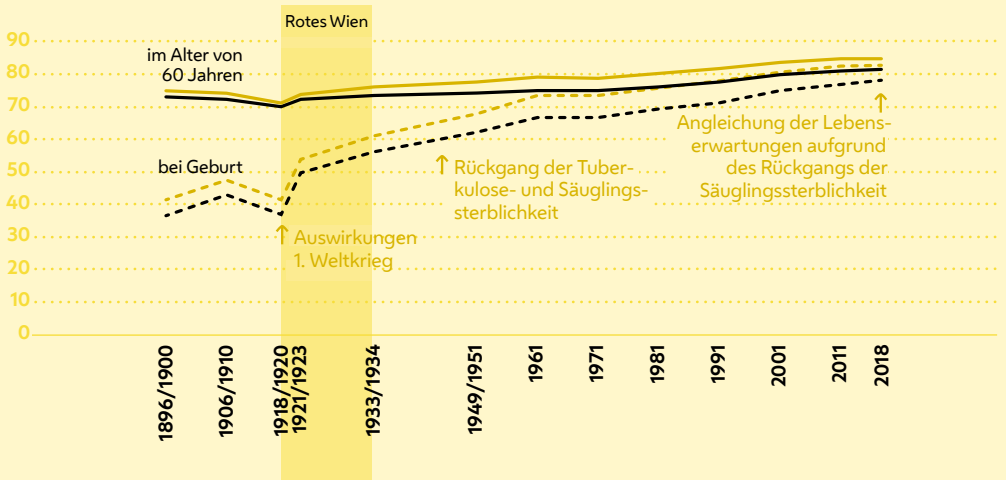
Geburtenentwicklung

Allgemeine Fertilitätsrate: Kinder pro 1.000 Frauen im Alter zwischen 15 und 49 Jahren (jeweiliger Gebietsstand)



Entwicklung der Lebenserwartung nach Alter

von **Männern** und **Frauen** in Wien (jeweiliger Gebietsstand)

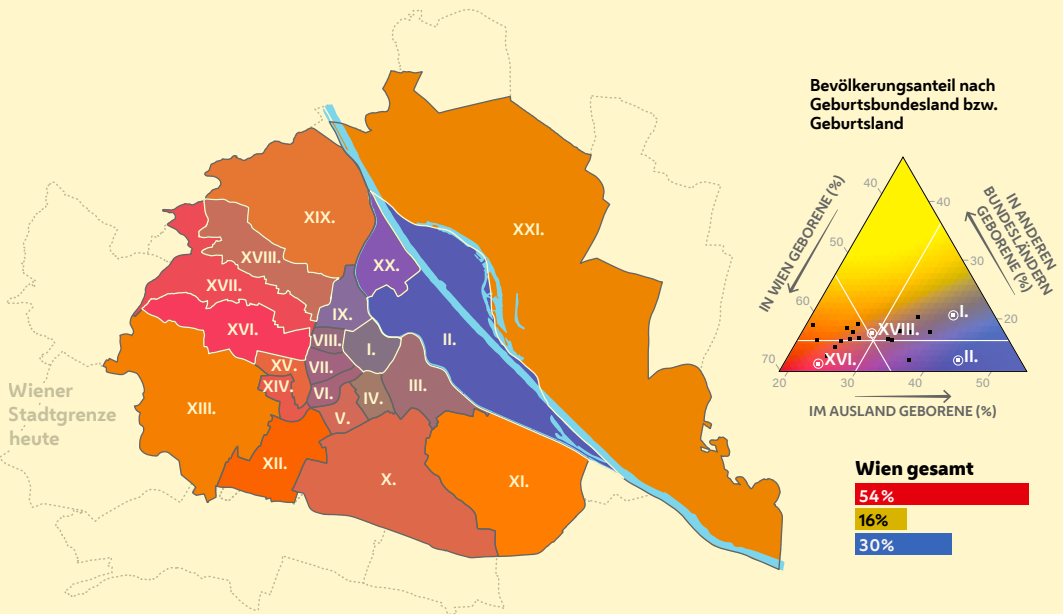


Wiener Melange

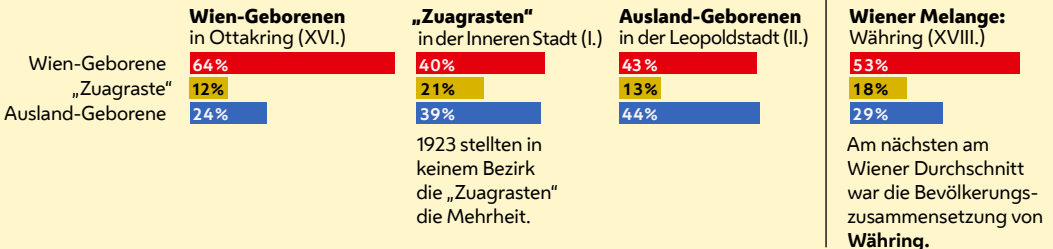
Die „Tricolore“-Karten von 1923 und 2019 zeigen das Mischungsverhältnis der drei Bevölkerungsgruppen: **in Wien geboren**, **„Zuagaste“** (in anderen österreichischen Bundesländern geboren), **im Ausland geboren**. Während die gesamtstädtische Verteilung, die **Wiener Melange**, 1923 und 2019 ähnlich ist, hat sich die Bevölkerungsstruktur der einzelnen Bezirke stark verändert.

Bevölkerungszusammensetzung 1923

In den 21 Bezirken (damaliger Gebietsstand)



Am höchsten war der Anteil der...



„Sprachliche Zugehörigkeit“ der Wienerinnen und Wiener 1923

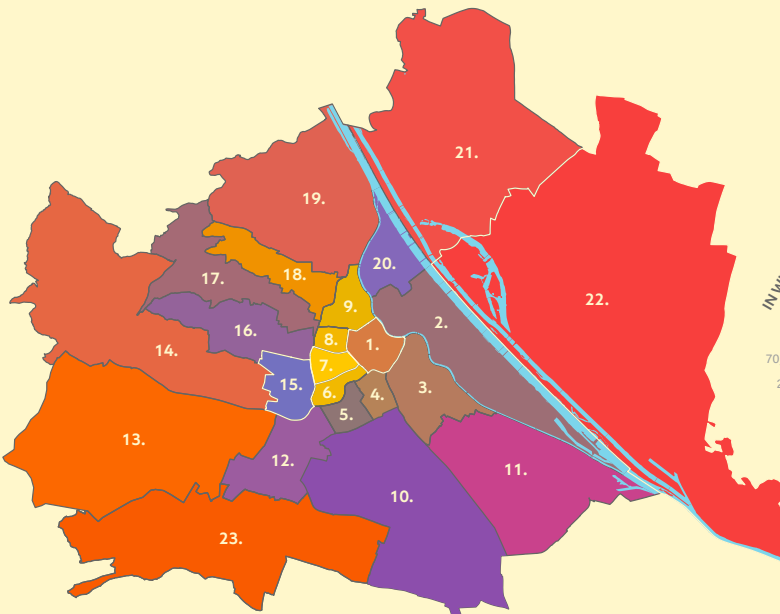
Deutsch (93,5%)

Andere Sprachen	6,5%
Tschechisch	4,2%*
Ungarisch	0,6%
Jiddisch	0,1%
Slowakisch	0,1%
Kroatisch	0,1%
Slowenisch	0,1%
Sonstige	1,2%

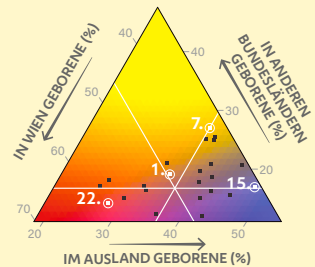
*Aufgrund des hohen Assimilationsdruckes bekannten sich viele Zugewanderte zur deutschen Sprachgruppe. Schätzungen gehen davon aus, dass vor dem Krieg bis zu 25% der Wiener aus Böhmen und Mähren kamen.

Bevölkerungszusammensetzung 2019

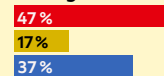
In den 23 Bezirken (heutiger Gebietsstand)



Bevölkerungsanteil nach Geburtsbundesland bzw. Geburtsland



Wien gesamt

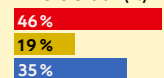


Am höchsten war der Anteil der...

	Wien-Geborenen in der Donaustadt (22.)	„Zugraste“ am Neubau (7.)	Ausland-Geborenen in Rudolfshheim-F. (15.)
Wien-Geborene	58%	36%	35%
„Zugraste“	14%	27%	17%
Ausland-Geborene	28%	37%	48%

2019 stellten in keinem Bezirk die „Zugraste“ die Mehrheit.

Wiener Melange: Innere Stadt (1.)



Die gesamtstädtische „Wiener Melange“ sind 1923 und 2019 ähnlich.

Demografischer Wandel im Roten Wien

von Andreas Weigl

Mit der Bevölkerungsentwicklung Wiens in der Zwischenkriegszeit verbindet man üblicherweise eine Phase des Schrumpfens der ehemaligen „Zwei-Millionen-Metropole“. Für das Rote Wien ist das eigentlich nicht zutreffend: Der Bevölkerungsstand stagnierte zwischen 1919 und 1934 bei etwa 1,9 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern. Die Struktur der Bevölkerung änderte sich aber stark. Verantwortlich dafür waren der Anstieg der Lebenserwartung, der Rückgang der Fertilität und die Zuwanderung aus dem Umland.

Wohl war die Einwohnerzahl im damaligen Stadtgebiet von mehr als 2,1 Mio. bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges auf 1,84 Mio. (laut Volkszählung 1920) gesunken. Im heutigen Wiener Stadtgebiet lebten nach 1918 etwas mehr als 1,9 Mio. Menschen. Allerdings fielen die großen Bevölkerungsverluste einerseits in die Zeit des Weltkrieges, bedingt durch den Geburtenausfall, den Anstieg der Sterblichkeit der Zivilbevölkerung und rund 25.000 gefallenen Wienern. Andererseits kam es vor allem in den unmittelbaren Nachkriegsmonaten zu einer großen Abwanderungswelle in die neugegründeten Nachfolgestaaten der Donaumonarchie. Allein 150.000 Personen verließen Wien in Richtung des neugegründeten Staates Tschechoslowakei. In Summe nahm daher die Zahl der im nunmehrigen Ausland geborenen Wienerinnen und Wiener im Vergleich der Jahre 1910 und 1923 um rund 200.000 ab. Als die neue Stadtregierung im Mai 1919 ihr Amt antrat, war die große Abwanderungswelle aber schon vorbei.

Altersstruktur

Der Erste Weltkrieg stellte für die Bevölkerungsentwicklung in Wien eine Zäsur dar. Obwohl die Bevölkerungszahl im Roten Wien relativ stabil blieb, kam es zu deutlichen Veränderungen der

demographischen Struktur. Der Altersaufbau der Wiener Bevölkerung wandelte sich drastisch. Aus der klassischen Alterspyramide in den Jahren vor Kriegsausbruch war bis 1934 eine markant veränderte Altersstruktur entstanden, die durch einen schwach besetzten Sockel der untersten Jahrgänge und die Ausfälle infolge des Ersten Weltkrieges eine eher baumartige Form angenommen hatte. Die mittleren Altersjahrgänge dominierten und der Anteil der über 60-Jährigen war von 8% im Jahr 1920 bis 1934 auf 13% erheblich gestiegen. Dazu kam ein deutlicher Frauenüberhang bei der über 20-jährigen Bevölkerung. Der demographische Wandel während und nach dem Ersten Weltkrieg war eine Folge der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen dieser Epoche und lässt sich anhand der damals vorherrschenden Trends nachvollziehen.

Veränderung der Altersstruktur

Zuwanderung und Abwanderung

Die erwerbsbedingten Wanderungsbewegungen aus ländlichen Gebieten der damaligen Monarchie in die Donaumetropole Wien riss nach 1918 praktisch ab, was sich darin äußerte, dass der Anteil der im Ausland geborenen von 30% im Jahr 1923 auf 24% im Jahr 1934 sank. Zum Vergleich: 2019 betrug dieser Anteil in Wien 36%. Zuwanderung fand aber weiterhin statt. Neben jüdischen Pogromflüchtlingen aus Osteuropa und politischen Flüchtlingen aus Ungarn war dies vor allem der unvermindert anhaltenden Binnenmigration, besonders aus Niederösterreich und dem Burgenland, geschuldet. Schon zwischen 1920 und 1923 betrug die Wanderungsbilanz im damaligen Stadtgebiet rund +25.000, zwischen 1923 und 1934 waren es etwa weitere +50.000.

„Sprachliche Zugehörigkeit“

Der Anteil der in den österreichischen Bundesländern Geborenen an der Wiener Bevölkerung stieg dadurch und erreichte in den 1930er-Jahren fast 20%. Zu diesem Zeitpunkt standen den rund 350.000 in den Bundesländern geborenen Wienerinnen und Wienern 290.000 in Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien Geborene gegenüber. Von diesen sprachen offiziell laut Volkszählung 1934 nur noch 29.000 Tschechisch oder Slowakisch als jene Sprache „deren Kulturkreis sie sich zugehörig fühlten“. Es ist allerdings von einer hohen Dunkelziffer auszugehen.

Jedenfalls spiegelt diese Zahl auch den beträchtlichen Assimilierungsdruck, dem die Wiener Tschechinnen und Tschechen ausgesetzt waren, wider. Die zweite große Minderheitengruppe der Zwischenkriegszeit bildeten die Juden. Im Jahr 1923 wurden etwa 200.000 Personen mit israelitischem Glaubensbekenntnis in Wien gezählt. Durch Abwanderung in die USA, Palästina und andere Länder, aber auch durch Geburtenrückgang, sank ihre Zahl bis 1934 auf 175.000. Während die tschechische Bevölkerung Wiens nur wenig segregiert über das Stadtgebiet verteilt wohnte, konzentrierte sich die jüdische vor allem auf den 2. und 20. Bezirk, zum Teil auch auf die Innere Stadt und den 9. Bezirk.

Geburten und Sterbefälle

Aufgrund der durch die Kriegs- und Nachkriegsjahre bedingten Mangelerkrankung weiter Teile der Wiener Bevölkerung – Erwachsene wogen im Schnitt 10 Kilogramm weniger als vor Kriegsausbruch – waren die Geburtenbilanzen bis 1920 wegen der generell hohen Sterblichkeit noch deutlich negativ. Nach Kriegsende war es auch zu einem Heiratsboom gekommen dem nun ein kleiner „Babyboom“ folgte, welcher in den frühen 1920er-Jahren zu einem zumindest kleinen Geburtenüberschuss führte. Dieses Hoch wurde auch durch das Auf-rücken geburtenstarker Jahrgänge der Jahrhundertwende und danach in die Altersgruppe der potenziellen Eltern befördert. Insgesamt sank die allgemeine Fertilitätsrate, also die Geburten pro 1.000 Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren, von 71 Geburten pro 1.000 Frauen im Jahr 1910 auf 44 in der ersten Hälfte der 1920er-Jahre. Das generative Verhalten der jüngeren Bevölkerung hatte sich also bereits erheblich verändert. Zivilisationskritische Demographen sprachen auch vom „Gebärstreik“ der weiblichen Arbeiterschaft. Zu einer tatsächlichen „Geburtendepression“ kam es aber erst mit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise in der ersten Hälfte der 1930er-Jahre. Das familienpolitische Ziel der sozialdemokratischen Stadtregierung war die Zwei-Kinder-Familie. Nach zeitgenössischen Umfragen strebten die Wienerinnen und Wiener auch überwiegend eine Familiengröße von zwei Kindern an, aber die Wirtschaftskrise zwang zur Geburtenbeschränkung. Die Nettoerzeugungsrate fiel bis 1934 auf den Weltrekord-Tiefstwert von 0,26 geborenen Töchtern pro Frau – ein Wert von 1 würde die demographische

Bevölkerungs- entwicklung

Reproduktion ohne Berücksichtigung von Wanderungen gewährleisten. Die allgemeine Fertilitätsrate sank auf gerade einmal 18 Geburten je 1.000 Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren. Statistisch gesehen hatte eine Wienerin nach den altersspezifischen Fertilitätsraten des Jahres 1934 im Durchschnitt nur etwa 0,6 Kinder zu erwarten – zum Vergleich: Im Jahr 2018 lag die Gesamtfertilitätsrate in Wien bei 1,4 Kindern pro Frau. Entsprechend diesem dramatischen Geburtenrückgang kam es ab Mitte der 1920er-Jahre zu negativen Geburtenbilanzen von durchschnittlich etwa -10.000 pro Jahr.

Gesundheitspolitisch erzielte das Rote Wien unter dem für Wohlfahrtspflege zuständigen Stadtrat Julius Tandler große Erfolge (siehe [Leben im Roten Wien](#)). Die Säuglingssterblichkeit sank in nur wenigen Jahren rasant und zwar von 15% (1919/20) auf 7% (1932/33). In der ersten Hälfte der 1930er-Jahre hatte Wien bereits die niedrigste Säuglingssterblichkeit aller österreichischen Bundesländer. Verantwortlich dafür war ein Netz von Mutterberatungsstellen, die Hospitalisierung der Geburt (80% bis 90% der Kinder kamen unter hygienisch einwandfreien Bedingungen in Wiener Geburtskliniken zur Welt), Unterstützung von Eltern z. B. in Form von Säuglingswäschepaketen. Der rasante Rückgang der Tuberkulosesterblichkeit von 50 pro 10.000 Einwohner 1919 bis auf 13 im Jahr 1933 stand nicht zuletzt mit dem kommunalen Wohnbau (siehe [Wiener Gemeindebauten](#)) – 11% der Wienerinnen und Wiener bekamen neue Wohnungen mit Innentoilette, großzügig begrünten Innenhöfen und zentralen Waschküchen – und dem „Bäderprogramm“ in Verbindung. Mit dem Flaggschiff „Amalienbad“ (errichtet 1926) wurde Wien zur Welthauptstadt des öffentlichen Bades (siehe [Leben im Roten Wien](#)). Von geringerer Bedeutung waren dagegen die Tuberkulosefürsorgestellen, da zu diesem Zeitpunkt die Anwendung von Antibiotika noch nicht verbreitet war.

All diese Veränderungen führten zwischen 1906/1910 und 1934 zum Anstieg der Lebenserwartung von 43 auf 56 Jahre bei der männlichen, von 47 auf 61 bei der weiblichen Bevölkerung. Mitte der 1930er-Jahre sind zwar immerhin 14% der Sterbefälle auf Infektionskrankheiten zurückzuführen, 1910 waren diese jedoch noch für ein Viertel der Tode verantwortlich. Zum Ende des Roten Wien war bereits ein Großteil der Sterbefälle auf Zivilisationskrankheiten zurückzuführen, die für eine moderne Gesellschaft typisch

sind. So entfielen damals etwa 22 % der Sterbefälle auf Herz- und Kreislauferkrankungen und 16 % auf Krebs. Gegenwärtig beträgt der Anteil der Herz- und Kreislauferkrankungen als Todesursache 40 %, der der Krebserkrankungen 25 %, der der Infektionskrankheiten nur noch 0,01 %. Die Grundlage dafür, dass im Laufe des 20. Jahrhunderts eine wachsende Zahl von Wienerinnen und Wienern die Chance hatte, das Pensionsalter zu erreichen, wurde mit der Gesundheits- und Sozialpolitik im Roten Wien gelegt.

Entwicklung der Lebenserwartung nach Alter

Bevölkerungsentwicklung in Wien seit 1934

Nach den Jahren des Roten Wien sank die Bevölkerungszahl in der Bundeshauptstadt. Vertreibung, Flucht und Massenmord in der Nazizeit, insbesondere an der jüdischen Bevölkerung, sowie Abwanderungen im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg sorgten dafür, dass nach 1945 nur noch rund 1,6 Mio. Menschen in Wien lebten. Insgesamt verlor die Stadt zwischen 1934 und 1988, als der Bevölkerungsstand mit knapp unter 1,5 Mio. am niedrigsten war, nahezu ein Viertel ihrer Bevölkerung. Seit Beginn der 1990er-Jahre verzeichnet Wien erneut ein deutliches Bevölkerungswachstum aufgrund von Zuwanderungsgewinnen, die insbesondere im 21. Jahrhundert kräftig ausfielen; 2019 leben 1,90 Mio. Menschen in Wien. In der Zwischenkriegszeit waren es auf dem heutigen Stadtgebiet knapp 1,93 Mio. Menschen. Den Bevölkerungsstand des Roten Wien dürfte die österreichische Hauptstadt laut aktuellen Prognosen in den nächsten Jahren wieder überschreiten.

Andreas Weigl ist Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler und Historiker. Er leitet das Referat Wissenschaftliche Projekte und Kooperationen im Wiener Stadt- und Landesarchiv.

Quellen

Stadt Wien (2000): Statistische Mitteilungen der Stadt Wien, 4/2000.

Statistik Austria.

Statistische Jahrbücher der Stadt Wien 1912 und 1930–1935.

Weigl, A. (2000): Demographischer Wandel und Modernisierung in Wien. Wien: Pichler Verlag.

Finanzen

Die Errungenschaften des Roten Wien waren nur durch eine neue Steuer- und Investitionspolitik möglich, die von Finanzstadtrat Hugo Breitner forciert wurde: weniger Massensteuern, mehr Besteuerung der Wohlhabenden. Insgesamt wurde die Abgabenlast aber nicht erhöht. Obwohl die hohen Ansprüche nicht ganz erfüllt werden konnten, gilt die Finanzpolitik des Roten Wien als Erfolg.

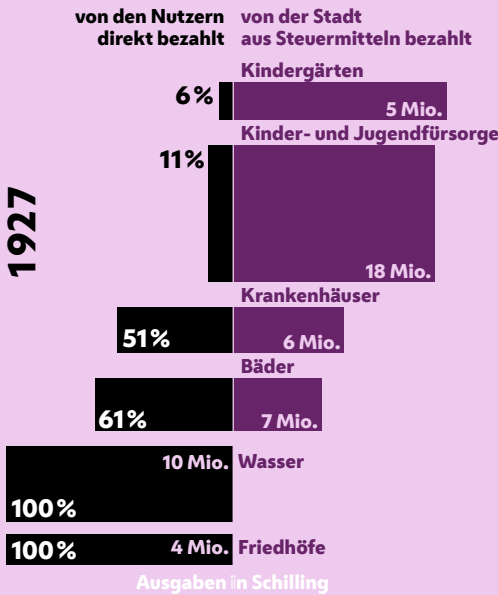
Einnahmen der Stadt Wien

Breitner führte im Roten Wien einige sehr ertragreiche Steuern und Abgaben ein. „Luxussteuern“ im engeren Sinn, wie die Hauspersonalabgabe, Luxuswarenabgabe oder „Pferdeabgabe“, brachten teilweise nur geringe Erlöse, hatten aber großen symbolischen Charakter.

1927		2017	
39,5% Gemeinde- und Landesabgaben davon: 15,0% Fürsorgeabgabe 7,8% Wohnbausteuer 3,4% Lustbarkeitsabgabe 3,1% Nahrungs- oder Genussmittelabgabe 2,4% Wertzuwachsabgabe 2,2% Bierabgabe 5,6% sonstige Gemeinde- und Landesabgaben	33,1% sonstige Einnahmen	9,6% Gemeinde- und Landesabgaben	5,3% Einnahmen aus Leistungen 3,3% Gebühren
27,4% Ertragsanteile aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben		16,2% Fremdmittelaufnahmen	
		41,0% Ertragsanteile aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben	
		24,6% sonstige Einnahmen	

Gebühren vs. Steuern

Ein Prinzip von Breitners Finanzpolitik war, dass städtische Betriebe, wie die Wasserwerke, kostendeckend geführt werden mussten: Sie finanzierten sich nicht aus Steuern, sondern Nutzungsgebühren. Andere Bereiche, wie die Kindergärten, wurden dagegen in großen Teilen aus dem Stadtbudget bezahlt, um eine Verteilungswirkung zu erzielen.



Ausgaben der Stadt Wien 1927

Der Vergleich der Ausgabenstruktur mit heute ist nur schwer möglich, da sich die Zuordnungen zu den Budgetposten geändert haben – aber auch die Aufgaben und Kompetenzen Wiens. Dennoch lässt sich eine ähnliche Schwerpunktsetzung feststellen: Soziales und Wohnbau (19%) sowie Gesundheit (17%) gehörten auch 2017 zu den wichtigsten Ausgaben der Stadt.

Fürsorgeabgabe

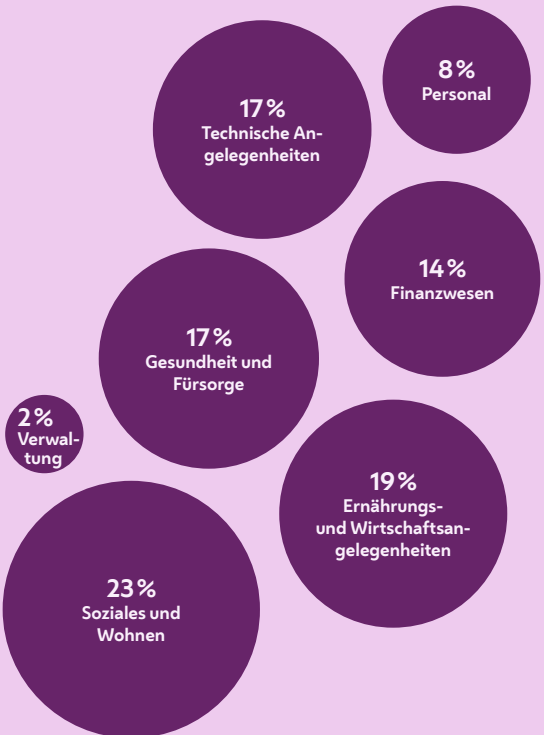
Das Rote Wien führte 1920 die Fürsorgeabgabe für Arbeitgeber ein. Besteuert wurde die insgesamt ausbezahlte monatliche Lohnsumme. 1922 wurde der Steuersatz für Banken erhöht.



8%
Banken



4%
Arbeitgeber



Sozialer Ausgleich und Investitionen: die Steuerpolitik des Roten Wien

von Peter Wieser

1918 befindet sich Wien am Tiefpunkt: Die Versorgungslage ist schlecht, das große, einheitliche Wirtschaftsgebiet der Monarchie weg, der k. u. k. Verwaltungsapparat aufgebläht, dazu noch hohe Inflation und Massenarmut. Das Rote Wien schafft es dennoch, in den nächsten 15 Jahren über 60.000 Gemeindewohnungen zu bauen, 25 Bäder zu errichten und die Kindersterblichkeit zu halbieren. Dies war nur durch eine neue Steuer- und Investitionspolitik möglich, die von Finanzstadtrat Hugo Breitner forciert wurde: Weniger Massensteuern, mehr Besteuerung der Wohlhabenden. Obwohl die hohen Ansprüche nicht ganz erfüllt werden konnten, gilt die Finanzpolitik des Roten Wien als Erfolg.

Als der ehemalige Bankdirektor Hugo Breitner 1919 die Amtsgeschäfte als Finanzstadtrat übernahm, waren die Wiener Stadtfinanzen kriegsbedingt desolat. Die Haupteinnahmequellen der Vorkriegszeiten waren versiegt, darunter der Gewinn der städtischen Betriebe, die Mietzinssteuer und die Verzehrungssteuer. Der neuen sozialdemokratischen Stadtregierung war bewusst, dass die großen Herausforderungen – Stichwort Wohnungsnot und Armut – große finanzielle Anstrengungen erforderlich machten. Und dass sie rasch liefern musste. Das grundsätzliche Verständnis der Sozialdemokratie war dabei ein ganz anderes als jenes der Vorgänger: Der Staat hatte für soziale Gerechtigkeit oder zumindest sozialen Ausgleich zu sorgen. Um diese nachhaltig zu erreichen, waren jedoch langfristige (kostspielige) Investitionen notwendig – und zwar nicht nur (klassisch) in Infrastruktur, sondern auch in die Menschen selbst. Sozialstadtrat Julius Tandler

formulierte es so: „Was wir auf Jugendhorte verwenden, ersparen wir an Gefängnissen. Was wir in der Schwangeren- und in der Säuglingsfürsorge ausgeben, ersparen wir an Irrenanstalten.“

Der Banker als sozialdemokratischer Steuerrevolutionär

Es mutet aus heutiger Sicht auf den ersten Blick ungewöhnlich an, dass die erste gewählte Stadtregierung auf den Ansatz des Pragmatikers Breitner setzte. Dieser war – anders als seine konservativen Vorgänger – gegen die Aufnahme von Schulden und strebte ein ausgeglichenes Stadtbudget an; städtische Betriebe wie die Wasserwerke oder die Friedhöfe mussten kostendeckend geführt werden. Sie finanzierten sich ausschließlich aus Gebühren, die sie nach Verbrauch von ihren Nutzern einhoben. Der Nachteil: Wo dieses Kostendeckungsprinzip angewandt wurde, war weniger finanzieller Spielraum für Investitionen vorhanden. Die U-Bahn, obwohl angedacht, wurde im Roten Wien nicht gebaut, weil sie aus den Fahrkarteneinnahmen nicht finanzierbar war. Andererseits wurde auch bei den Gebühren auf den sozialen Ausgleich geachtet: So war z. B. der tägliche Verbrauch von 35 Liter Wasser pro Person kostenfrei.

Gebühren vs. Steuern

Die „Steuervampire“

Bei der anderen Seite der Breitner'schen Finanzpolitik sahen die Christlichsozialen jedoch „rot“: Neben anderer, antisemitischer Hetze warfen sie ihm „Steuerbolschewismus“ und „Steuersadismus“ vor. Statt auf indirekte Massensteuern wie in der Vorkriegszeit setzte die neue Stadtverwaltung auf progressive direkte Steuern, die vor allem die Wohlhabenden belasten sollten. Inwieweit die von den Sozialdemokraten propagierten Ansprüche an die neue Gerechtigkeit erfüllt wurden, wird in der Wissenschaft kritisch hinterfragt. Unbestritten ist jedoch, dass die neue Steuerpolitik in Summe erfolgreich und deutlich gerechter war als vor 1919. Schon ab 1921 erzielte die Stadt wieder Überschüsse, die Auslandsverschuldung wurde rasch getilgt. Breitner selbst betonte immer, dass die Gesamtsumme der Wiener Steuereinnahmen unter ihm nicht erhöht wurde. Er verteilte nur die Steuerlast anders: Statt der breiten Masse wurden vermehrt die Wohlhabenden zur Kasse gebeten.

Ein wesentlicher Vorteil für Wien war die neue, ironischerweise von den Christlichsozialen vorangetriebene, Doppelrolle als Bundesland und Gemeinde (siehe [Wien und Niederösterreich](#)). Sie bot den Spielraum für die zahlreichen „Breitner-Steuern“. So stammten damals 40% der städtischen Einnahmen aus Gemeinde- und Landesabgaben. Zum Vergleich: Heute sind es nur noch 10%. Die sogenannten Luxussteuern – z. B. Hauspersonalabgabe, Hundeabgabe, Luxuswarenabgabe, Pferdeabgabe, Bierabgabe – brachten teilweise nur geringe Erlöse, hatten aber großen symbolischen Charakter. In Summe machten sie rund 10% der Gesamteinnahmen aus.

Einnahmen der Stadt Wien

Luxussteuern?

Der Bezeichnung als „Luxussteuer“, die von den Sozialdemokraten selbst propagiert wurde, ist dabei irreführend: Die Bierabgabe z. B. zahlte die breite Masse; die Lustbarkeitsabgabe traf Kinobesucher stärker als die Theatergeher – der holprige Versuch, die Arbeiterschaft durch Steuereffekte an die Bühnen zu treiben.

Umgekehrt belastete u. a. die berühmte, zweckgebundene Wohnbausteuer, die heute noch immer auf den Portalen der damals gebauten Gemeindebauten angeführt wird, vor allem die Begüterten: Etwa die Hälfte der Erträge wurde von nur 0,5% der zu besteuern den Wohnungen und Geschäftslokale erzielt. Ursache war die starke soziale Staffelung: Wohnungen von Arbeitern wurden teilweise nur mit 2% der Mietsumme belastet, bei „Luxuswohnungen“ konnte der Steuersatz bis über 35% reichen.

Die ebenfalls bekannte Fürsorgeabgabe wird zwiespältig gesehen: Als „Lohnnebenkosten“ mussten die Arbeitgeber 4% – Banken ab 1922 sogar 8% – aller von ihnen ausbezahlten Löhne an die Stadt überweisen. Inwieweit die Arbeitgeber diese Steuerlast indirekt an die Arbeitnehmer und Konsumenten überwälzt haben, z. B. über höhere Produktpreise, ist nicht bekannt. Die Fürsorgeabgabe, die 1927 15% der städtischen Gesamteinnahmen ausmachte, war jedenfalls ein Erfolgsmodell: Bis 1922 wurde sie in allen (christlichsozial regierten) österreichischen Bundesländern ebenfalls eingeführt. Die konservative Opposition in Wien lehnte die Fürsorgeabgabe

Fürsorgeabgabe

dennoch entschieden ab. Der vom ebenfalls christlichsozial regierten Bund vorgegebene Maximalsteuersatz wurde von Wien nie ausgereizt.

Insgesamt gehen Seliger und Ucakar (1985) davon aus, dass etwa die Hälfte der Wiener Steuerlast den Besitzenden aufgebürdet wurde – was nicht zuletzt angesichts der panischen Reaktion der konservativen Opposition realistisch erscheint. Inwieweit tatsächlich Steuergerechtigkeit im Sinne einer höheren Belastung der Besitzenden hergestellt wurde, ist aber nur schwer quantifizierbar.

Sozialpolitik, Wohnungen, Ernährung, Jugend, Gesundheit

Die größten Ausgabenposten im städtischen Budget 1927 waren Sozialpolitik und Wohnungswesen (23%), Wohlfahrt, Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten (19%) und Jugend und Gesundheit (17%). Rund 60% der Ausgaben des Roten Wien betrafen die „soziale Infrastruktur“, was angesichts des sozialdemokratischen Anspruchs wenig verwunderlich ist.

Nach dem Weltkrieg war zudem die Erneuerung der Infrastruktur erforderlich: Neben der Modernisierung der Verkehrsmittel Straßenbahn, Stadtbahn und Autobus, bekam auch die Müllabfuhr eine neue Dimension. Außerdem wurde das Praterstadion (siehe [Leben im Roten Wien](#)) errichtet und die städtischen Straßen verbessert.

Ausgaben der Stadt Wien

Der Vergleich der Ausgabenstruktur mit heute ist nur schwer möglich, da sich die Zuordnungen zu den Budgetposten geändert haben – aber auch die Aufgaben und Kompetenzen Wiens. Dennoch lässt sich eine ähnliche Schwerpunktsetzung feststellen: Soziales und Wohnbau (19%), Gesundheit (17%) und Unterricht (17%) gehörten auch 2017 zu den wichtigsten Ausgaben der Stadt.

Finanzieller Marsch auf Wien

Als 1921 die Große Koalition auf Bundesebene zerbrach, begann sich der Kampf der Christlichsozialen gegen die Finanzpolitik Wiens von der (oppositionellen) Gemeinde- auf die (regierende) Bundesebene zu verlagern. Die neue Regierung verfolgte dabei

zwei Ziele: Einerseits wollte man das Steuererfindungsrecht der Länder einschränken und andererseits mehr Steuern zu Bundes-einnahmen erklären, um diese nach eigenem Ermessen an Länder und Gemeinden verteilen zu können. Beides schränkte den Finanzspielraum Wiens erheblich ein.

Ursprünglich wurde die Aufteilung der gemeinsamen Bundes-abgaben durch die jeweiligen Erträge in den Ländern bestimmt. Da das Land Wien über 60% in den gesamtstaatlichen „Topf“ einzahlte, bekam es auch mehr als 50% wieder ausbezahlt. Dies änderte sich ab 1931, als der Verteilungsschlüssel vom Bund an die Länder nach „kaum rational zu nennenden Kriterien“ (Seliger und Ucakar, 1985: 1065) festgelegt wurde. Dies hatte für Wien gravierende finanzielle Auswirkungen: Der Anteil Wiens an den Erträgen aus den staatlichen Steuereinnahmen sank von rund 50% im Jahr 1927 bis 1934 auf 30%.

Dazu kam die durch den New Yorker Börsencrash 1929 ausgelöste Weltwirtschaftskrise. Insgesamt brachen die Steuereinnahmen zwischen 1929 und 1933 um fast ein Drittel ein. Dies zwang die sozialdemokratische Wiener Stadtregierung zu einem Einsparungskurs. Da man bei wichtigen Fürsorgemaßnahmen nicht zu Lasten der Bevölkerung sparen wollte, wurde vor allem der Bau von neuen Gemeindebauten stark eingeschränkt (siehe [Wiener Gemeindebauten](#)). Damit war bereits vor der gewaltsamen Übernahme der Austrofaschisten 1934 der finanzielle Spielraum stark eingeschränkt.

Lernen von der Finanzpolitik des Roten Wien

Auch wenn die dramatische Nachkriegssituation nicht mit heute zu vergleichen ist, lassen sich doch einige Schlussfolgerungen aus der Finanz- und Steuerpolitik von damals ziehen. Die öffentliche Infrastruktur ist ein wesentliches Element der Lebensqualität für die Bevölkerung. Ein Ausbau schafft kurzfristig Arbeitsplätze und langfristig Wohlstand, von dem alle profitieren können. Ökonomisch kurzfristig ist dagegen eine Austeritätspolitik, die nur einseitig auf die Ausgaben fokussiert und die dadurch geschaffenen Werte nicht mitberücksichtigt. Die Treffsicherheit von Steuern, also inwiefern eine Überwälzung von Steuern auf andere Gruppen stattfindet sowie die regressive Wirkung von Massensteuern,

wie z. B. der Mehrwertsteuer, muss auch heute immer mitgedacht werden. Eine zentrale Annahme von damals, dass vorbeugende Maßnahmen z. B. im Bereich der Gesundheit oder Bildung kostengünstiger sind, als nachträgliche Korrekturen von Fehlentwicklungen, kann aus heutiger Sicht nur bestätigt werden – in Europa herrscht darüber weiterhin leider keine Einigkeit.

Peter Wieser ist stellvertretender Leiter der Abteilung Wirtschaft, Arbeit und Statistik der Stadt Wien, wo er auch dem Dezernat Wirtschaft vorsteht. Er hat Volkswirtschaftslehre, Politikwissenschaft und Geschichte studiert.

Quellen

Czeike, F. (1956): Wirtschafts- und Sozialpolitik der Gemeinde Wien in der Ersten Republik (1919–1934), Band 1. Wien: Verlag für Jugend und Volk.

Danneberg, R. (1930): Der finanzielle Marsch auf Wien: Rede des Abgeordneten Robert Danneberg im Nationalrat am 18. Dezember 1930 über die Abgabenteilung. Wien: Verlag der Organisation Wien der Sozialdemokratischen Partei.

Eigner, P. (2019): Die Finanzpolitik des Roten Wien. In: Schwarz, W. M., Spitaler, G. und Wikidal, E. (Hg.) (2019): Das Rote Wien.

1914–1934. Ideen, Debatten, Praxis. Basel: Birkhäuser.

Inflationscockpit der Oesterreichischen Nationalbank.

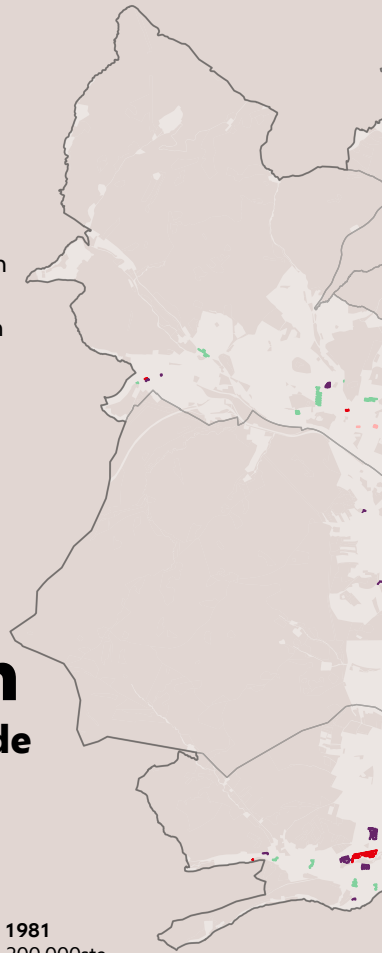
Rechnungsabschluss der Stadt Wien 2017.

Seliger, M. und Ucakar, K. (1985): Wien. Politische Geschichte. Entwicklung und Bestimmungskräfte großstädtischer Politik, Band 2: 1896–1934. Wien: Jugend und Volk.

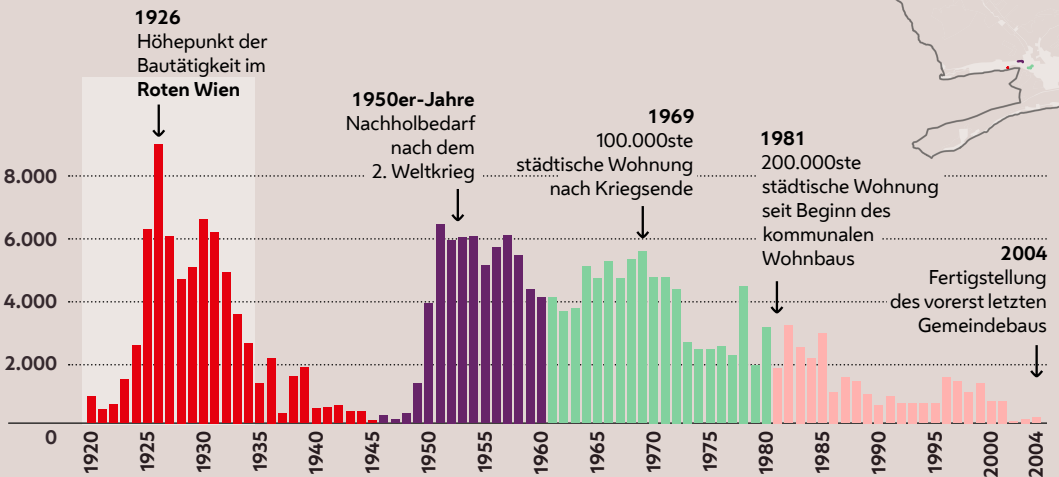
Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 1929, 2. Band.

Wiener Gemeinde- bauten

Nach dem Wahlerfolg der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Jahr 1919 wurden die ersten Gemeindebauten errichtet, um die Wohnverhältnisse der Arbeiterschicht zu verbessern. Bis 1934, also in der Zeit des Roten Wien, wurden mehr als 60.000 Wohnungen fertiggestellt. Heute gibt es rund 220.000 Gemeindewohnungen in knapp 1.800 Wohnhausanlagen, die sich über das gesamte Stadtgebiet verteilen. 2004 wurde der vorerst letzte Gemeindebau errichtet. Am nächsten wird gerade gebaut; 4.000 weitere Gemeindewohnungen sind in Planung.



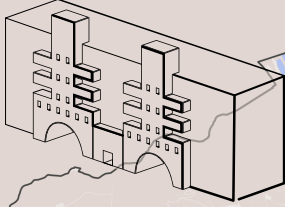
Gemeindewohnungen Jährliche Fertigstellungen nach Bauperiode



Der längste:

Karl-Marx-Hof (1930)

Gesamtfassadenlänge: 1.100 m
derzeit 1.272 Wohnungen



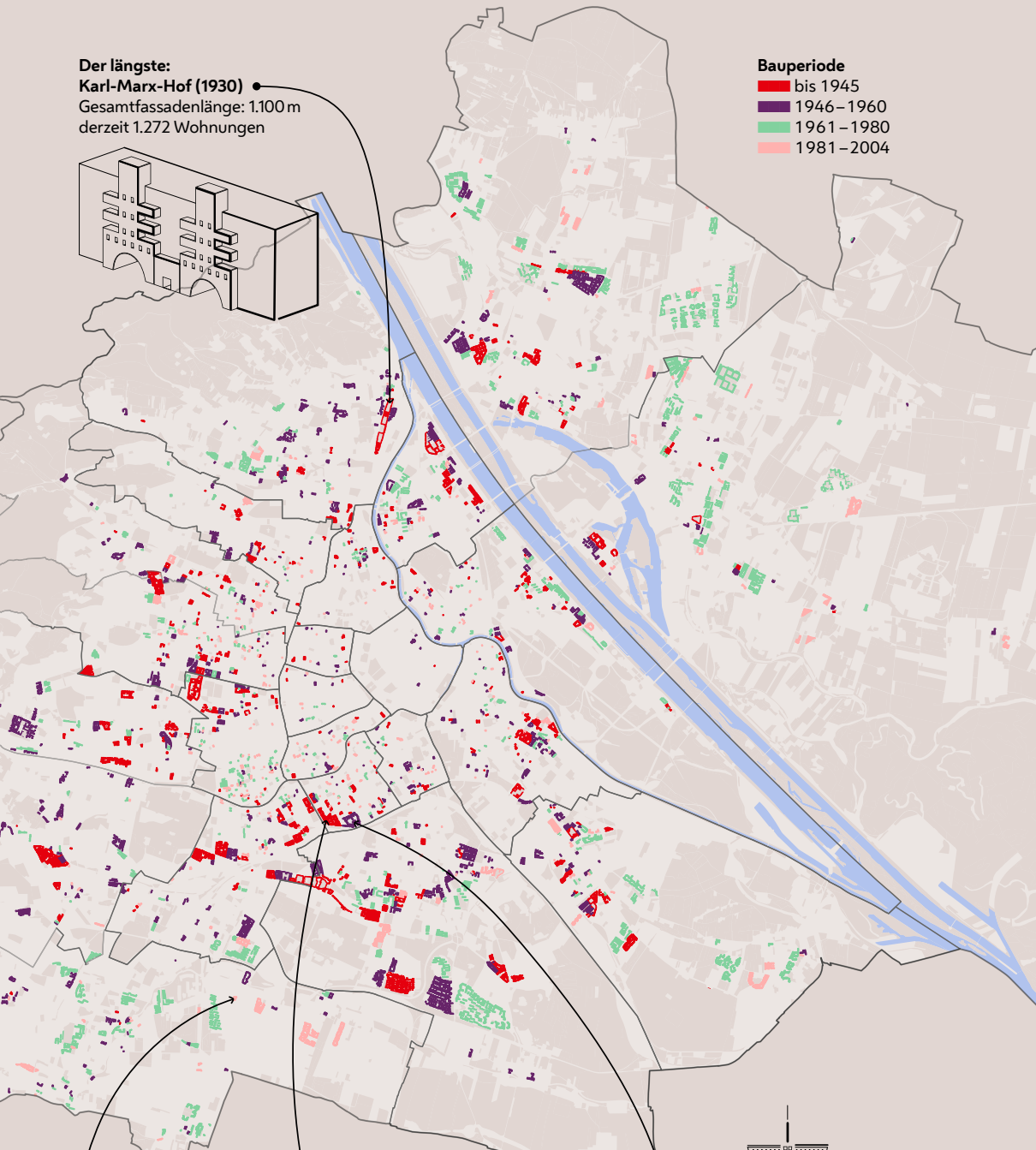
Bauperiode

■ bis 1945

■ 1946–1960

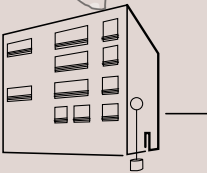
■ 1961–1980

■ 1981–2004



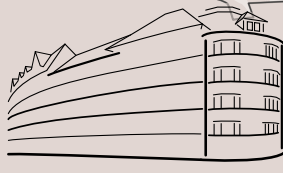
Der jüngste:

Rößlbergasse 15 (2004)
derzeit 74 Wohnungen



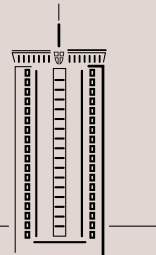
Der erste:

Metzleinstaler Hof (1920/25)
derzeit 252 Wohnungen



Der höchste:

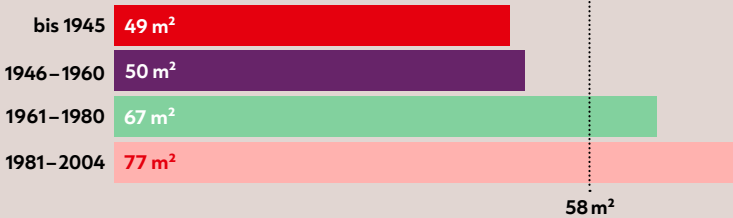
Matzleinsdorfer Hochhaus (1957)
20 Stockwerke (Höhe inkl. Antenne: 68 m);
derzeit 104 Wohnungen



58 m²

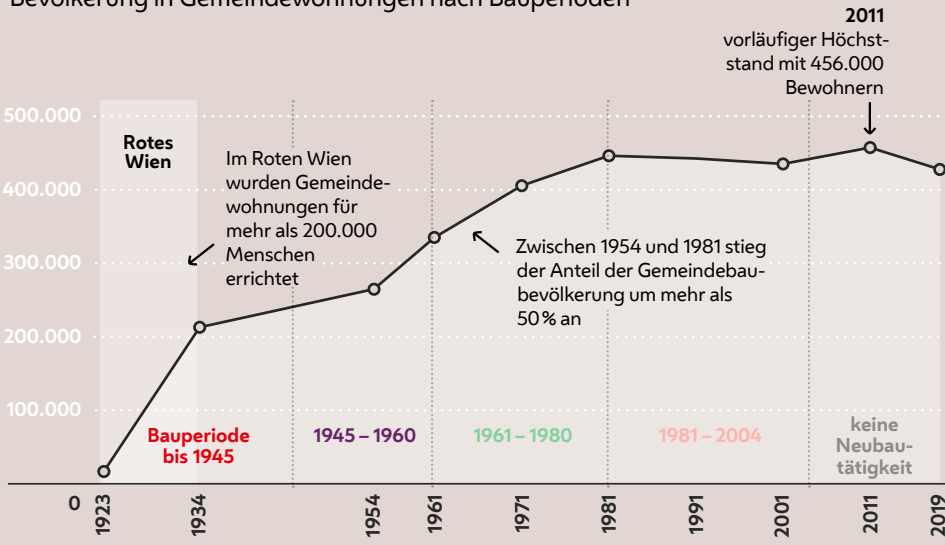
beträgt die durchschnittliche Wohnfläche pro Gemeinde- wohnung

Die durchschnittliche Wohnfläche ist in jeder Bauperiode angestiegen.



Gemeindebaubevölkerung in Wien

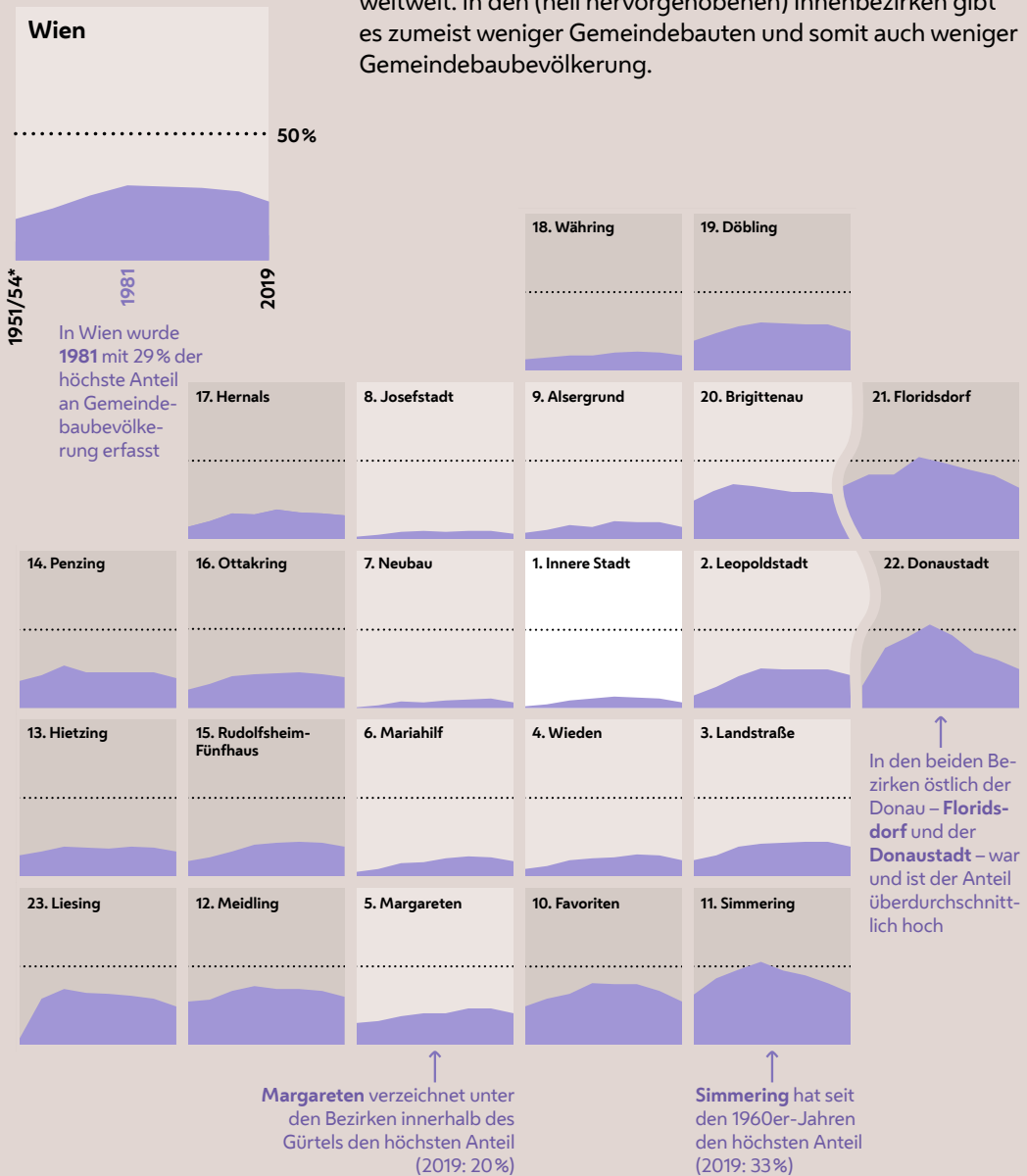
Bevölkerung in Gemeindewohnungen nach Bauperioden



Gemeindebaubevölkerung in den Wiener Bezirken

Anteil der Bezirksbevölkerung in Gemeindewohnungen

Bis 1981 stieg der Anteil der Wienerinnen und Wiener, die im Gemeindebau leben, stetig an. Seitdem stagniert er bzw. ging leicht zurück, was auch auf den Ausbau anderer Formen des geförderten Wohnbaus (z. B. Genossenschaftswohnungen) zurückzuführen ist. Heute lebt knapp ein Viertel der Wiener Bevölkerung im Gemeindebau – ein wohl einzigartiger Wert weltweit. In den (hell hervorgehobenen) Innenbezirken gibt es zumeist weniger Gemeindebauten und somit auch weniger Gemeindebaubevölkerung.



*Gemeindebaubevölkerung 1954, Gesamtbevölkerung 1951

Von der Wohnungsnot im 19. Jahrhundert zum sozialen Wohnbau im Roten Wien

von Ramon Bauer und Gerlinde Haydn

Der soziale Wohnbau war die Antwort der neuen sozialdemokratischen Stadtregierung auf das Wohnungselend zum Ende des Ersten Weltkrieges. Die Wohnungsnot in Wien hatte zu dieser Zeit aber bereits eine lange Tradition, ihre Wurzeln reichen weit zurück in das 19. Jahrhundert. Das große Wohnbauprogramm des Roten Wien, das nach 1945 fortgesetzt wurde, führte dazu, dass heute knapp ein Viertel der Wienerinnen und Wiener in Gemeindebauten lebt.

Wien erlebte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein enormes Bevölkerungswachstum, die Stadt wuchs von rund 550.000 Einwohnern 1850 auf etwa 2,1 Millionen im Jahr 1910. In nur rund 60 Jahren vervierfachte sich die Bevölkerung Wiens, größtenteils durch Zuzug aus den Kronländern der Donaumonarchie, aber auch aufgrund von positiven Geburtenbilanzen. Motor dieses Urbanisierungsprozesses war das Heranreifen Wiens zu einer Industriemetropole mit hohem Bedarf an Arbeitern. Die gleichzeitige Liberalisierung des Arbeitsmarktes innerhalb der Habsburgermonarchie und der stetige Bedeutungsverlust der Landwirtschaft zogen die Menschen in die Stadt. Diese gewaltige Bevölkerungsexplosion führte neben vielfältigen sozialen und infrastrukturellen Problemen auch zu einem dramatischen Mangel an Wohnraum. Das drückende Wohnungselend wurde zu einer Massenerscheinung in den einfachen Bevölkerungsschichten, in besonderem Maß galt dies für die zahlenmäßig starken Zuwanderergruppen aus Böhmen, Mähren und der Slowakei.

Wohnsituation in Wien vor 1919

Der Wohnungsneubau war im 19. Jahrhundert in erster Linie der privaten Initiative von Grundbesitzern und Investoren überlassen, deren erstes Ziel die höchstmögliche Rendite des investierten Kapitals war. Das führte zum Bau von winzigen überbelegten Mietwohnungen in sogenannten „Zinskasernen“, nach der Maxime: so viel Wohnungen wie möglich auf so engem Raum wie möglich. Errichtet wurden sie in großer Zahl meist dort, wo die Grundstücke billig und die nächste Fabrik nicht weit war. Die Grundstücksflächen wurden maximal ausgenutzt, enge „Licht“- oder Hinterhöfe ließen kaum Licht in die Räume, Grünflächen waren nicht vorgesehen. Die Wohnungen bestanden zumeist nur aus einem Zimmer und einer Gangküche, Wasser gab es nur am Gang (Bassena), ein WC oder gar nur ein Plumpsklo am Gang musste für alle Bewohner des Stockwerkes reichen.

Die Fassaden dieser Zinshäuser hingegen waren häufig recht ansprechend gestaltet, man wollte das Haus möglichst herrschaftlich wirken lassen. Fassadenornamente konnte man damals relativ einfach bei Wienerberger über Kataloge bestellen – wie die Häuser innen aussahen, war den Bauherren egal. Und dennoch mussten sich die Mieter diese einfachsten Unterkünfte aus Kostengründen vielfach noch mit Bettgebern oder Untermietern teilen, um den geforderten Wucherzins überhaupt aufbringen zu können (siehe [Wohnen](#)).

Massenverelendung und unbeschreibliche Not in diesen beengten und heillos überfüllten Kleinstwohnungen ebnete auch den Boden für Seuchen und Krankheiten, die Tuberkulose hatte nicht umsonst den Beinamen „Wiener Krankheit“ (siehe [Bevölkerung](#)). Gesetze zum Schutz der Mieter gab es damals nicht, sie waren der Willkür ihres „Hausherren“, dem Besitzer eines derartigen Zinshauses, ausgeliefert – sowohl bei der Miethöhe als auch bei der Kündigungsfrist. Die Hausherren hatten das Recht, die Miethöhe nach eigenem Ermessen festzulegen oder sie zu erhöhen; konnte ein Arbeiter nicht zahlen, wurde er delogiert. Es war möglich, Mietverträge jederzeit ohne Vorwarnung und ohne Angabe von Gründen zu kündigen, die Parteien mussten binnen zwei Wochen ausziehen. Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Unfälle der Mieter und Untermieter zogen fast unweigerlich Obdachlosigkeit nach sich.

04 Wiener Gemeindebauten

Schon 1857 schrieb der Journalist und Verwaltungsrat der Wiener Handelsbank Otto Bernhard Friedmann in seiner Schrift „Die Wohnungsnoth in Wien“: (...)Der Häuserbau ist eben ein Geschäft wie jedes andere, die Wohnungen sind eine Waare, welche genau denselben Gesetzen der Preisregulirung unterliegt, wie irgendein landwirthschaftliches oder industrielles Product ... und sichern durch die Abhaltung jeder merkbaren Concurrrenz den heutigen 9.000 Hausbesitzern eine ausnahmsweise, monopolistische Stellung (...). Und das Publicum selbst hat sich bereits daran gewöhnt, den Hauseigenthümern eine ganz absonderliche, Ehrfurcht gebietende Stellung in der gesellschaftlichen Ordnung der Stände einzuräumen, was sich schon durch die herkömmliche Bezeichnung der Wohnungsvermiether als „Hausherrn“ kundgibt (...). Denn nach dem jetzigen Stande der Wohnungsangelegenheiten ist es doch ganz dem bon plaisir der Hausbesitzer überlassen, die Preise ihrer Miethen zu bestimmen“.

Auch wenn seit den 1870er-Jahren Stimmen zur Verbesserung der Arbeiterwohnungsfrage laut wurden, konnten die Wiener Hausbesitzer Verbesserungen der Mietbedingungen oder für sie ungünstige Änderungen der Bauordnung bis in die Zeit des Ersten Weltkriegs verhindern, da ihre Berufsgruppe im Wiener Gemeinderat überproportional stark vertreten war (siehe [Wien wählt](#)). Ab dem Jahr 1910 häuften sich in Wien Mieterstreiks und Mieteraufstände, bei denen sich Menschenmengen versammelten und – teilweise unter Einsatz von Fäusten und Steinen – gegen eine Delogierung durch den Hauseigentümer protestierten. Erst im Kriegsjahr 1917 griff der Staat in das Wohnungswesen ein: Um Kündigungen von Soldatenfamilien zu verhindern, wurde mit dem Einfrieren der Mieten und einem Kündigungsschutz ein befristeter Mieterschutz eingerichtet. Da der Krieg das Wohnungselend weiter verschärfte, untersagten die Behörden den Hausherrn die gewohnte Praxis, bei Zahlungsverzug sogleich die Mietverträge zu kündigen und die Mietparteien zu delogieren.

Der Mieterschutz, der als befristete Notmaßnahme für die Kriegszeit begonnen hatte, wurde im Oktober 1918 unbefristet gültig und nach dem Krieg, erweitert um eine Begrenzung der Mietzinshöhe (dem sogenannten Friedenszins), im Mietengesetz von 1922 verankert. Mangels erzielbarer Renditen sanken nun aber die Anreize für die private Bautätigkeit, und der Bau von privaten

Zinshäusern kam zum Stillstand. Auch war durch die niedrigeren Mietzinse die Aufnahme von Bettgebern und Untermietern nicht mehr im selben Ausmaß erforderlich. Damit sank zwar die durchschnittliche Belagsdichte pro Wohnung, aber für alle anderen wurde es immer schwieriger, wenigstens irgendeine Bettstelle zu finden.

Als Folge der katastrophalen Nahrungsmittelsituation und der immer prekärer werdenden Wohnungsnot in den Kriegs- und Nachkriegsjahren – es gab damals mehr als 90.000 Obdachlose in der Stadt – ergriffen Tausende der schwer notleidenden Wienerinnen und Wiener Selbsthilfemaßnahmen, es bildete sich die „Wiener Siedlerbewegung“. An den Rändern der Stadt errichtet sie Selbstversorgersiedlungen, einfache Behausungen mit kleinen Gärten (anfangs „Brettldörfer“ genannt). Diese zu Beginn völlig unkontrollierte und illegale Siedlungstätigkeit wurde schließlich von der Stadt gefördert, Chefarchitekt des Siedlungsamtes im Rathaus war bis 1922 Adolf Loos. Ab 1923 widmete sich die Stadt verstärkt der Errichtung von Gemeindebauten und die Siedlerbewegung geriet in den Hintergrund.

Kommunaler Wohnbau im Roten Wien 1919 – 1934

Bei den Wahlen zum Gemeinderat im Mai 1919 erhielt die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) die absolute Mehrheit, die sie bis zur Ausschaltung der Demokratie im Jahr 1934 halten konnte (siehe [Wien wählt](#)). Damit war es der neuen Stadtregierung möglich, weitgehend unbehindert ihr Reformkonzept zu verwirklichen. Der soziale Wohnbau wurde zum Herzstück der neuen sozialdemokratischen Kommunalpolitik. Das Bestreben der Stadtverwaltung war es, ausreichend Wohnraum zu schaffen und zugleich die Wohnkultur und das Selbstbewusstsein der Arbeiterbewegung zu heben. Die dabei grundlegenden Fragen sind jene nach der Baufinanzierung sowie nach ausreichendem Baugrund. Neben neuen Abgaben auf Luxuskonsum wurde die stark progressiv gestaltete Wohnbausteuer zur wichtigsten zweckgebundenen Einnahmequelle, die besonders teure Luxusimmobilien stark belastete (siehe [Finanzen](#)). Durch den Verfall der Bodenpreise war es der Gemeinde Wien auch möglich, eine Vielzahl von Grundstücken relativ günstig zu erwerben und zur größten Grundbesitzerin der Stadt zu werden.

04 Wiener Gemeindebauten

Auf dieser finanziellen Basis beschloss der Gemeinderat 1923 das erste Wiener Wohnbauprogramm. Innerhalb von fünf Jahren sollten 25.000 Wohnungen errichtet werden. Da dieses Ziel 1926 schon erfüllt war, folgte 1927 das zweite Wohnbauprogramm für weitere 30.000 Wohnungen. Für die Planung vieler Gemeindebauten sind die damals bekanntesten Architekten Wiens verantwortlich. Im Jahr 1926 wurden mit über 9.000 Wohnungen die höchste Zahl an Fertigstellungen errichtet. Die neuerrichteten Gemeindewohnungen verkörperten einen erheblichen baulichen Fortschritt. Die Bebauungsdichte der Grundstücke wurde von 85 % auf höchstens 50 % reduziert, anstelle finsterner Hinterhöfe entstanden nun großzügige, lebenswerte Gartenhöfe mit Grünflächen und Kinderspielplätzen. Jede Wohnung sollte aus mindestens zwei bewohnbaren Räumen bestehen, alle Räume mussten direkt belichtet sein, wodurch Gangküchen nicht mehr möglich waren. Zur Standardausstattung gehörten ein WC und eine Wasserentnahme innerhalb der Wohnung, ebenso ein Vorzimmer. Ein solcher „Luxus“ zu einem Preis, den sich arbeitende Menschen leisten konnten, war zu jener Zeit etwas komplett Neues. Vergeben wurden die neuen Gemeindewohnungen nach Bedürftigkeit und Dringlichkeit, ermittelt mit Hilfe eines transparenten Punktesystems.

Die ersten Gemeindewohnungen waren allerdings noch sehr klein. Die meisten hatten nur ein Zimmer und eine Wohnküche mit insgesamt 38 m². Nur ein Viertel hatte ein zusätzliches Kabinett und damit 48 m² Wohnfläche. Später wurden vier verschiedene Wohnungsgrößen bis 57 m² gebaut. Auch wenn die kleine Dimensionierung der Gemeindewohnungen damals von manchen kritisiert wurde, so ergab sich insgesamt dennoch eine deutliche Verbesserung. Denn die Mieten waren im Vergleich zu den Zinshauswohnungen der Vorkriegszeit unschlagbar günstig, lediglich 5-10% eines Arbeiterlohnes musste dafür aufgebracht werden. Es wurden also keine Untermieter oder Bettgeher zur Finanzierung der Mieten benötigt, und die tatsächliche Wohnungsbelegung reduzierte sich um ein Vielfaches.

**durchschnittliche
Wohnfläche**

Die Gemeindebauten des Roten Wien, besonders die großen „Superblöcke“ (wie beispielsweise der Karl-Marx-Hof), verfügten aber auch über vielfältige gemeinschaftliche Einrichtungen, wie

Waschküchen, Badeanstalten, Kindergärten, Vortragsäle, Bibliotheken, Mutterberatungsstellen etc. Die Gartenhöfe mit ihren großzügigen Grünflächen und Kinderspielplätzen waren Treffpunkte des sozialen Lebens. In den Gemeindebauten sollten all jene sozialen Errungenschaften konzentriert werden, die den Unterschied zur privatkapitalistischen Stadt des 19. Jahrhunderts deutlich machten.

Insgesamt wurden zwischen 1918 und 1934 61.175 Wohnungen in 348 Wohnhausanlagen und 5.227 Wohnungen in 42 Siedlungen erbaut. 1934 wohnte bereits einer von neun Wienern (mehr als 200.000 Menschen) in einer Gemeindewohnung. Zu Beginn der 1930er-Jahre verschlechterten sich die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die sozialdemokratische Stadtregierung und beendeten die soziale Wohnungspolitik. Nach 1934 wurden nur wenige Wohnungsbauten fertiggestellt, ab 1942 kam der Wohnbau in Wien völlig zum Erliegen.

Bauperioden

Der Wiener Gemeindebau nach 1945

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges stand der Wiederaufbau im Vordergrund, denn der Krieg hatte auch an den Gemeindebauten ungeheure Schäden hinterlassen. Jede sechste Gemeindewohnung war zerstört oder unbewohnbar. Ab 1950 wurde ein beeindruckendes Neubauprogramm gestartet, sodass schon 1956 die 50.000ste, und 1969 bereits die 100.000ste Wohnung seit Kriegsende fertiggestellt werden konnte. 1981 wurde die 200.000ste Gemeindewohnung seit Beginn des kommunalen Wohnbaus übergeben. In den 1980er-Jahren wurde das Wohnbauprogramm ausgesetzt, wobei Fertigstellungen laufender Bauvorhaben noch bis in die 1990er-Jahre liefen. Der vorerst letzte Wiener Gemeindebau wurde 2004 errichtet. 2015 entschied sich die Stadt Wien dazu, erneut Gemeindewohnungen zu errichten, das erste Projekt wird voraussichtlich Ende 2019 fertiggestellt, weitere sind in Planung.

Gemeindebaubevölkerung in Wien

Waren es 1934 rund 11%, so lebten 1954 schon 16% oder etwa 260.000 Wienerinnen und Wiener im Gemeindebau. Der höchste Bevölkerungsanteil in Gemeindewohnungen wurde mit 29% bei

04 Wiener Gemeindebauten

der Volkszählung 1981 ermittelt. Die weiteren 20 Jahre bis 2001 blieb dieser Anteil weitgehend gleich. Erst der kräftige Bevölkerungszuwachs ab den 2000er-Jahren führte zu einem anteiligen Rückgang der Bewohner in Gemeindewohnungen gegenüber jenen in anderen Eigentumsverhältnissen. Heute leben knapp 23% der Wiener Bevölkerung in einer der rund 220.000 Gemeindewohnungen.

Schon im Roten Wien wurde auf eine Verteilung der Gemeindebauten im gesamten Stadtgebiet geachtet, um die soziale Durchmischung zu fördern. Heute gibt es in allen Bezirken Wiens Gemeindebauten. Die mit Abstand meisten Gemeindewohnungen wurden in Favoriten errichtet, sowohl im Zeitraum 1919 bis 1934, als auch insgesamt. Die höchste Konzentration der teils monumentalen Gemeindebauten aus den 1920er-Jahren findet man in Margareten und im gegenüberliegenden Teil Meidlings, weswegen der Margaretengürtel damals auch als „Ringstraße des Proletariats“ bezeichnet wurde. In den Bezirken Simmering, Floridsdorf und Donaustadt lag zum Zeitpunkt der Gebäude- und Wohnungszählung 1981 der Anteil der Gemeindebaubevölkerung bei über 52%. Die wenigsten Gemeindebauten finden sich in den zentrumsnahen Bezirken, dort war schon in den 1920er-Jahren der Platz knapp und der Baugrund teuer. Die bis heute geringste Anzahl an Gemeindewohnungen gibt es in der Inneren Stadt, der Josefstadt und am Neubau, es sind zusammen nur 1.400 Wohnungen. In diesen drei Bezirken leben heute gerade einmal knapp 5% der Bevölkerung in Gemeindewohnungen.

Gemeindebaubevölkerung in den Bezirken

Ramon Bauer ist stellvertretender Leiter des Dezernats Statistik der Abteilung Wirtschaft, Arbeit und Statistik der Stadt Wien. Er hat Bevölkerungsgeographie studiert.

Gerlinde Haydn arbeitet im Dezernat Statistik der Abteilung Wirtschaft, Arbeit und Statistik der Stadt Wien. Sie hat Statistik studiert.

Quellen

Eigner, P., Matis, H. und Resch, A. (1999): Sozialer Wohnbau in Wien. Eine historische Bestandsaufnahme. In: Jahrbuch des Vereins für die Geschichte der Stadt Wien 1999. Wien. URL: demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/matis_wohnbau.pdf.

Förster, W. (2018): Sozialer Wohnbau in Wien – 100 Jahre Erfolg und Herausforderung. URL: push-c.at/de/178.html?file=files/push/wp/2018/03/Sozialer-Wohnbau-in-Wien-100-Jahre....pdf.

Friedmann, B. (1857): Die Wohnungsnoth in Wien. Wien.

Olegnik, F. (1958): Historisch-Statistische Übersichten von Wien, III. Teil: Bau- und Wohnungswesen, Unterricht und Bildung, Kultuswesen, Rechtspflege und Verwaltung. Stadt Wien.

Rief-Hauser, I. (2012): Die Entwicklung des mietrechtskonformen Mietzinses und dessen Bedeutung für Immobilieninvestoren. Wien: Masterarbeit.

Stadt Wien (2019): Wien Geschichte Wiki. URL: geschichtewiki.wien.gv.at.

Stadt Wien Wiener Wohnen (2019): Geschichte des Wiener Gemeindebaus. URL: wienerwohnen.at/wiener-gemeindebau/geschichte.html.

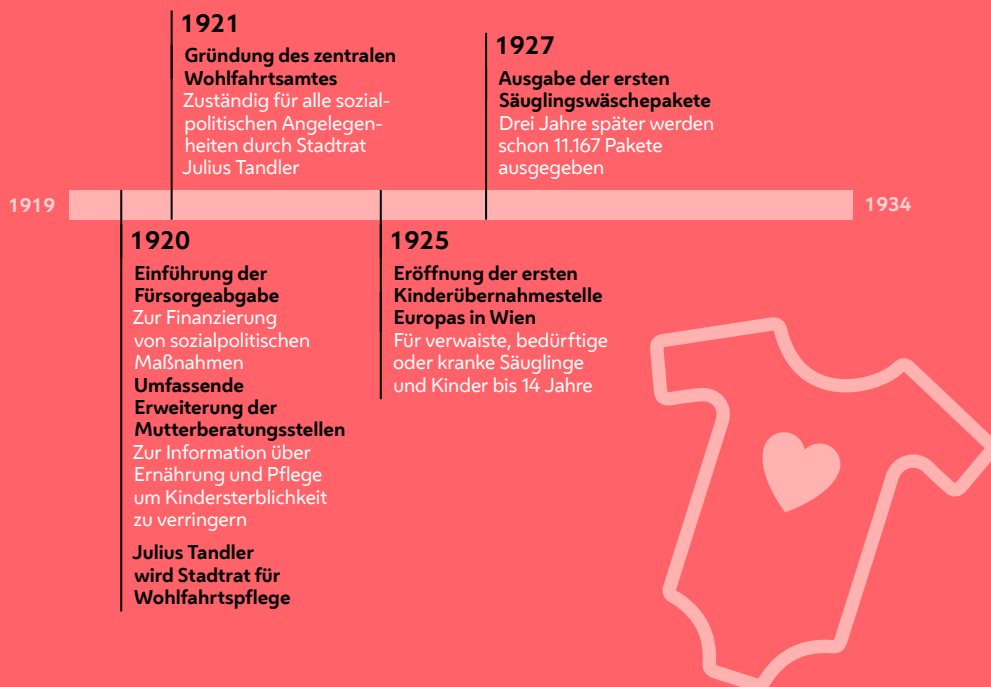
Statistische Jahrbücher der Stadt Wien.

Unterdorfer, D. (2015): „Erbaut von der Gemeinde Wien...“. Die Geschichte des sozialen Wohnbaus in Wien aus regulationstheoretischer Perspektive. Wien: Masterarbeit.

Leben im Roten Wien

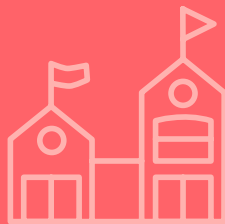
Vor hundert Jahren, unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg, war das Leben in Wien geprägt von Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Unterernährung. Die neue sozialdemokratische Stadtverwaltung leitete ab 1919 umfassende Reformen im Bereich der Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik ein, die die Lebensqualität der Wienerinnen und Wiener merklich verbesserte. Auch die Freizeitgestaltung wurde vom Roten Wien geprägt.

Sozialpolitik Sozialdemokratische Wohlfahrt statt christlicher Wohltätigkeit

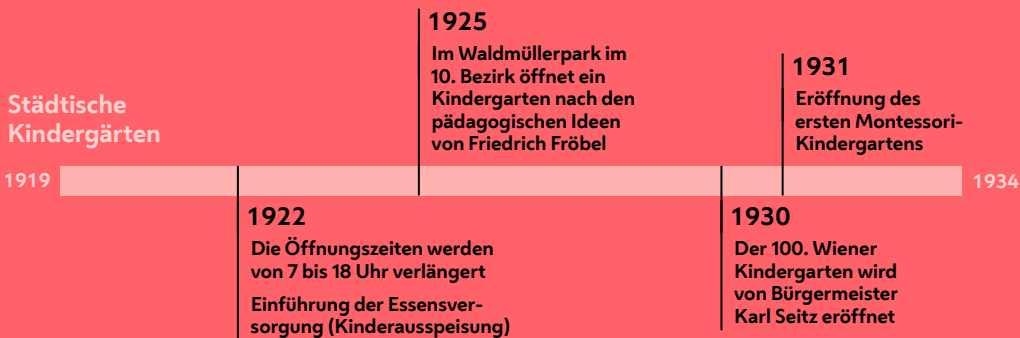


Kindergarten

Die Zahl der städtischen Kindergärten wurde in der Ära des Roten Wien mehr als verdoppelt

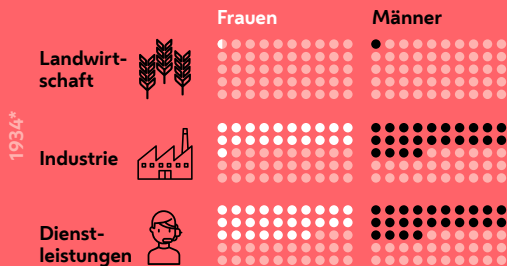


Derzeit besuchen fast **100.000 Kinder** Wiener Kindergärten.

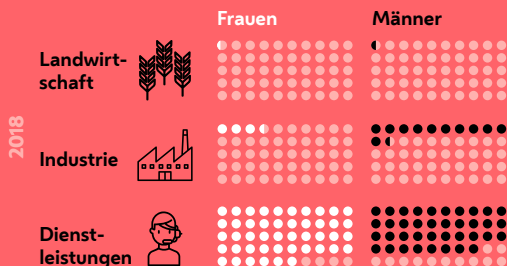


Arbeit

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereich nach Geschlecht



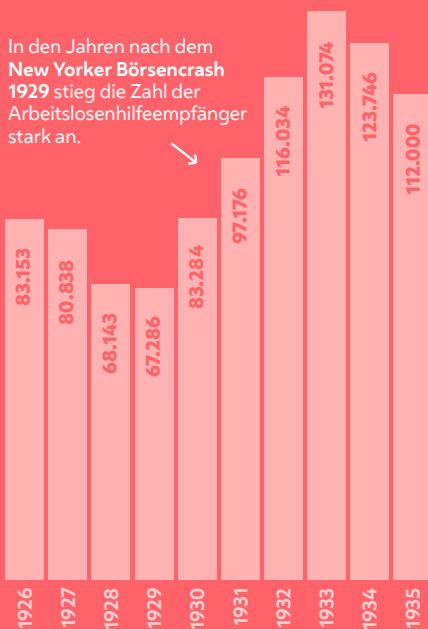
1934 arbeitete ein beträchtlicher Teil der berufstätigen Frauen in der Industrie. Heute sind mehr als 90 % im Dienstleistungssektor beschäftigt.



*Der Rest auf 100% wurde nicht zugeordnet.

Arbeitslosengeldempfänger

enthält auch Leistungen der Notstands-aushilfe



Bildung und Freizeit

Zu Beginn der Ersten Republik wurde der Urlaubsanspruch von Angestellten auch auf alle Arbeiter und Arbeiterinnen ausgeweitet und der Acht-Stunden-Tag eingeführt. Dadurch erlangten breite Bevölkerungsschichten mehr Freizeit. Mit der Errichtung von Volkshochschulen und Arbeiterbibliotheken schaffte die sozialdemokratische Regierung ein breites Angebot an Bildungsmöglichkeiten für Erwachsene. Auch das Theater, Konzerte und die Oper wurden stark gefördert. Diese Angebote wurden zwar häufig in Anspruch genommen, vielfach entsprach die Freizeitgestaltung jedoch nicht dem klassischen Bildungsideal. Statt sozialkritischer Literatur wurden Arbeiterromane ausgeliehen; statt ins Theater ging man ins Kino, spielte Fußball oder schwamm in einem der städtischen Bäder.

Volkshochschulen

1931/1932

1.499 Semesterkurse
60.586 Hörer

2016/17

14.245 Semesterkurse
129.250 Hörer



Büchereien

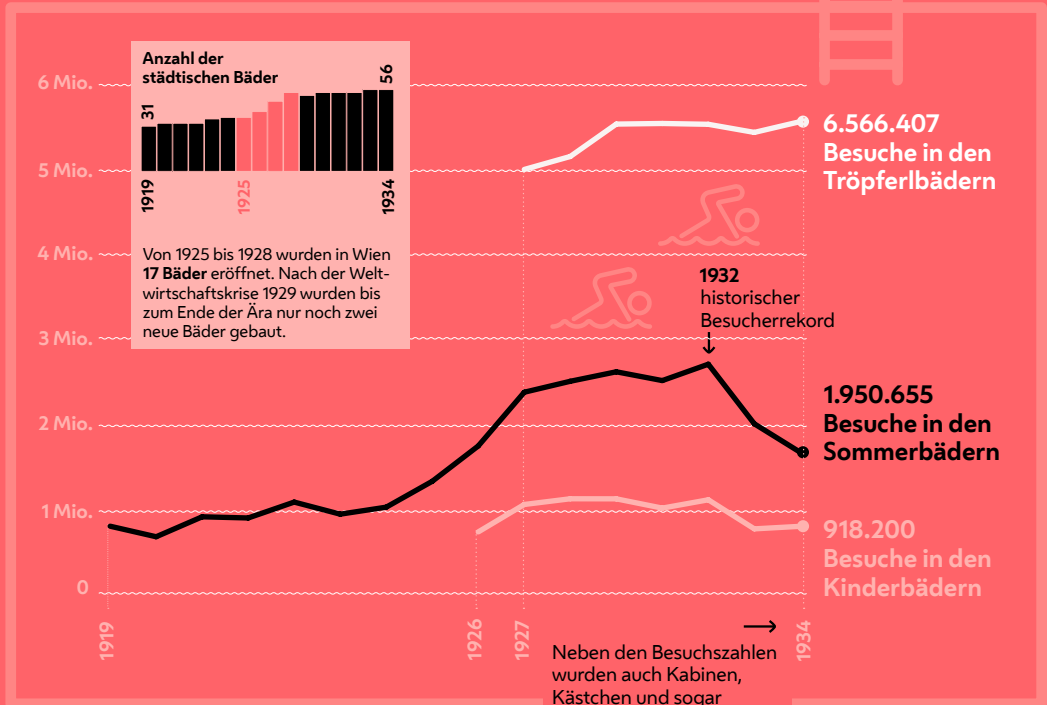
Derzeit werden in den 39 Zweigstellen der Büchereien Wien jährlich mehr als 5 Mio. Medien ausgeliehen.



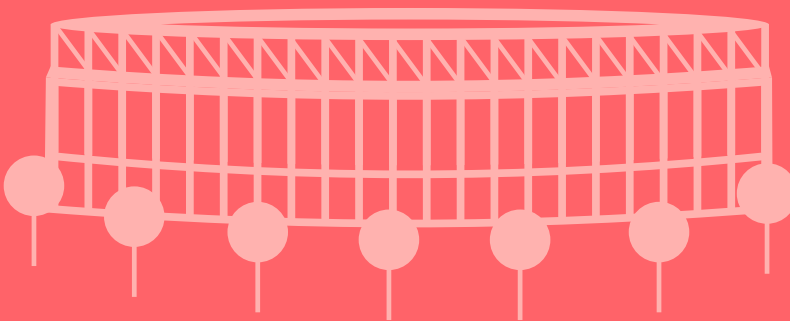
1932 wurden in 60 Arbeiterbüchereien 2,4 Millionen Bücher ausgeborgt.

Wiener Bäder

2018 gab es 2.633.363 Besuche in Sommerbädern und 24.098 in Tröpferbädern



Praterstadion



1928

Grundsteinlegung

1931

Das Eröffnungsspiel Wien gegen Niederösterreich (Ergebnis 3:2) lockt 25.000 Zuschauer ins Stadion

Bei der „Arbeiter-Olympiade“ zeigen 25.000 Sportler in 117 Disziplinen ihr sportliches Geschick

Das erste Spiel der Nationalmannschaft gegen Deutschland gewinnt Österreich 5:0

Das Leben im Roten Wien: Sozialpolitik, Bildung, Arbeit und Freizeit

von Daniel Jost

Vor hundert Jahren, unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg, war das Leben in Wien geprägt von Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Unterernährung. Die neue sozialdemokratische Stadtregierung leitete ab 1919 umfassende Reformen im Bereich der Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik ein, die die Lebensqualität der Wienerinnen und Wiener merklich verbesserte. Auch die Freizeitgestaltung wurde vom Roten Wien geprägt. Das Bestreben ging also weit über unentbehrliche Maßnahmen hinaus, die in den Jahren nach dem Krieg notwendig geworden waren. Die quantitativen und qualitativen Verbesserungen dieser „Veralltäglicung der Utopie“ wirken bis heute nach.^{1,2}

Sozialdemokratische Wohlfahrt statt christlicher Wohltätigkeit

Die Trennung Wiens von Niederösterreich ermöglichte die notwendige finanzielle (siehe [Finanzen](#)) und sozialpolitische Autonomie für die Reformprojekte des Roten Wien. Julius Tandler, von 1920 bis 1933 Stadtrat für das Wohlfahrts- und Gesundheitswesen, war maßgeblich an der Errichtung von Krankenhäusern, Kindergärten, Bädern und Sportstätten wie dem Praterstadion beteiligt. Die Basis des Fürsorgewesens unter dem Universitätsprofessor für Anatomie bildete das 1921 gegründete Zentrale Wohlfahrtsamt. Man setzte in erster Linie auf Prävention durch Beratung und bevorzugte Aufklärung gegenüber Zwangsmaßnahmen. Jugendfürsorge galt als „Fundament jeder Fürsorge“ und wurde zusammen mit der Familienfürsorge, Gesundheits- und Erziehungsfürsorge als „produktive“ Ausgabe bezeichnet

und forciert. Als „unproduktiv“ galt beispielsweise die Altenversorgung. Auch wenn diese theoretische Einordnung in der Praxis nicht umgesetzt wurde – der Altenbetreuung kam mehr als die Hälfte des Ressortbudgets zugute – wird der damals weitverbreitete eugenische Hintergrund Julius Tandlers bis heute kritisch hinterfragt. Der zugrundeliegende Zweck der Bildungs- und Fürsorgemaßnahmen war schließlich die „Zivilisierung, Kulturalisierung und Hygienisierung“ der Bevölkerung.^{3,4}

Die umfassende Erweiterung der Mutterberatungsstellen wurde 1927 mit der Ausgabe von Säuglingswäschepaketen ergänzt, um die Säuglingssterblichkeit (siehe **Bevölkerung**) zu verringern. Im Jahr 1930 wurden beispielsweise rund 240.000 Mutterberatungen durchgeführt und über 11.000 Säuglingswäschepakete ausgegeben. Anstatt Kinder in Anstalten unterzubringen, unterstützte man Familien finanziell („Pflegebeitrag“) sowie mit Kleidung und Lebensmitteln. Für den Fall, dass vorbeugende Maßnahmen nicht die gewünschte Wirkung brachten, wurden andere Vorgehensweisen notwendig. Im Bereich der Kinder- und Jugendfürsorge war die Kinderübernahmestelle für verwaiste, bedürftige oder kranke Säuglinge und Kinder bis 14 Jahre die erste Anlaufstelle. Diese wurde 1925 als erste ihrer Art in Europa eröffnet.^{5,6,8}

Sozialpolitik

Kind im Garten und in der Schule & Arbeiter mit und ohne Beschäftigung

Die Zahl der Kindergärten wurde in der Ära des Roten Wien mehr als verdoppelt: 1918 führte die Stadt 51, im Jahr 1931 bereits 111 Kindergärten. Als 1930 der 100. Kindergarten eröffnet wurde, besuchten rund 10.000 Kinder diese Einrichtungen. Außerdem wurden 1922 in den Volkskindergärten die Öffnungszeiten auf 7 bis 18 Uhr verlängert und Mahlzeiten bereitgestellt. 1931 waren bereits über 80% der Wiener Kindergärten so gestaltet. Heute besuchen fast 100.000 Kinder die Wiener Kindergärten.^{7,8,9,10}

städtische Kindergärten

Zudem wurde auch das Schulsystem umfassend reformiert. In diesem Zusammenhang ist vor allem Otto Glöckel zu nennen: Bereits 1919 bis 1920 als Unterstaatssekretär für Unterricht der Bundesregierung konnte er die ersten Punkte seiner umfassenden

05 Leben im Roten Wien

Reformpläne verwirklichen. Die bekannteste ist die Abschaffung des Zwangs zum Religionsunterricht. Neben der Trennung von Kirche und Schule war ihm vor allem ein gleicher Zugang zu Bildung für alle, unabhängig von Herkunft und Geschlecht, ein Anliegen. Den freien Zugang von Frauen zu den Universitäten stellte Glöckel 1919 sicher. Er strebte überdies die Einführung einer Gesamtschule für alle Kinder und Jugendlichen von 10 bis 14 Jahren an, konnte sich gegen den christlichsozialen Koalitionspartner jedoch nicht durchsetzen. Als die Große Koalition 1920 zerbrach, setzte Glöckel seine Arbeit in Wien fort. Er forcierte eine Demokratisierung der Ausbildung, also sowohl des Unterrichtsstils als auch der Schulverwaltung, ergänzte Frontalvorträge mit Arbeitsunterricht und gründete das Pädagogische Institut zur Fortbildung des Lehrpersonals. Bis heute (bis auf Schulversuche) nicht umgesetzt, bleibt die Gesamtschule innenpolitischer Zündstoff für hitzige Debatten.^{11,12}

Glöckel'sche Schulreform

Von den 14.737 Lehrerinnen und Lehrern war schon damals eine Mehrheit (59%) weiblich. Auch sonst unterscheidet sich die Verteilung der Geschlechter nach Wirtschaftsbereichen nicht grundlegend von heute. So war der Anteil der Männer, die im Industriesektor tätig waren, höher als jener der Frauen (48% bzw. 42%), während mehr als die Hälfte (54%) der Frauen im Dienstleistungssektor arbeiteten (Männer: 48%). Heute sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern nach Wirtschaftsbereichen noch größer: 93% aller berufstätigen Frauen sind im Dienstleistungssektor (77% der Männer) und mehr als jeder 5. Mann im Industriebereich beschäftigt (aber nur ca. jede 14. Frau).

Wirtschaftsbereiche & Arbeitslosengeld

Die Zahl der Empfänger von Arbeitslosenhilfe verdoppelte sich in den Jahren nach dem Börsencrash in New York im Herbst 1929 auf über 130.000 im Jahr 1933. Arbeitslos waren insgesamt sogar 180.000 Menschen.^{8,13,14,15,16}

Freizeit: Kultur und Hygiene oder Unterhaltung und Sport?

Am Anfang der Ersten Republik wurde der Urlaubsanspruch von Angestellten auch auf alle Arbeiter ausgeweitet. Dieser entsprach nach einem Jahr Betriebszugehörigkeit eine Woche, nach fünf Jahren beim selben Arbeitgeber zwei Wochen. Außerdem wurde der Acht-Stunden-Tag bei einer maximalen Wochenarbeitszeit von 44 Stunden für Frauen und 48 Stunden für Männer eingeführt. Dadurch erlangten breite Bevölkerungsschichten mehr Freizeit. Für die sinnvolle Nutzung dieser schaffte die Stadt Wien ein breites Angebot an Bildungsmöglichkeiten für Erwachsene. 1931 etwa zählten die Wiener Volkshochschulen in rund 1.500 Kursen über 60.000 Hörer. 1932, als in Wien die 200. Bücherei eröffnet wurde, wurden insgesamt 8,67 Mio. Bücher entlehnt. Über 80% davon sind jedoch der Unterhaltungsliteratur zuzurechnen, entsprachen also nicht unbedingt dem angestrebten Bildungsideal des „Neuen Menschen“. Dieser idealisierte Typus sollte durch die angestrebte „Zivilisierung und Kulturalisierung“ der Bevölkerung erreicht werden – mit begrenztem Erfolg. Auch das Theater, Konzerte und die Oper wurden stark gefördert, wenngleich sich das höher besteuerte Kino, das Fußballspiel und die städtischen Bäder größerer Beliebtheit erfreuten. ^{8,17,18,19,20,21}

Volkshochschulen & Büchereien

Zur Zeit des Roten Wien investierte man stark in Sommerbäder, Volksbäder und ab 1927 auch in Kinderfreibäder. Die Bäder dienten damals mehr als nur der bloßen Freizeitbeschäftigung. Sie ermöglichten einer breiten Bevölkerungsschicht eine gründliche Körperhygiene und waren damit Teil der Gesundheitsfürsorge von Julius Tandler. Insgesamt erhöhte sich die Zahl der Bäder von 31 im Jahr 1919 auf 56 zum Ende der Ära des Roten Wien, wobei in den Jahren vor der Weltwirtschaftskrise 1929 die meisten eröffnet wurden. Danach wurden aufgrund begrenzter Mittel nur noch zwei Kinderfreibäder errichtet. Die Beliebtheit wird vor allem bei Betrachtung der Besuchszahlen offensichtlich: 1932 verzeichneten die Sommerbäder 3.180.688 Besuche – eine Rekord, der bis heute nicht gebrochen wurde. Die Volksbäder, im Volksmund auch „Tröpferlbäder“ genannt, wurden im selben Jahr sogar über 6,5 Mio. Mal besucht (siehe [Wohnen](#)). Als „Gradmesser des Wohlstands“ spielen die Volksbäder im heutigen Wien kaum noch eine Rolle, da (fast) alle Wohnungen über

Wiener Bäder

05 **Leben im Roten Wien**

eigene Badezimmer verfügen. Die Freibäder erfreuen sich dagegen weiterhin großer Beliebtheit.^{22,23}

Der Stadtregierung war es ein Anliegen, dem Sport einen eindrucksvollen Schauplatz in der Gestalt eines Stadions zu widmen. Die Grundsteinlegung des Praterstadions erfolgte Ende 1928 anlässlich des zehnjährigen Bestands der Ersten Republik. Da man allerdings noch nicht entschieden hatte, wo es tatsächlich aufgebaut werden sollte, wurde der Granitblock auf der Prater-Hauptallee aufgestellt. Die Entscheidung fiel schlussendlich auf eine Fläche in der Nähe unweit der Trabrennbahn. Beim Eröffnungsspiel jubelten 25.000 Zuschauer einer Begegnung der Arbeiterfußballauswahl Wien gegen ihr niederösterreichisches Pendant zu. Nur eine Woche nach der Eröffnung zeigten 25.000 Sportler in 117 Disziplinen ihr sportliches Geschick bei der zweiten „Arbeiter-Olympiade“. Beim ersten Spiel der österreichischen Nationalmannschaft besiegte das „Wunderteam“ vor diesmal etwa 50.000 Menschen – beinahe ein halbes Jahrhundert vor „Córdoba“ – Deutschland mit 5:0. 1993 wurde das Stadion schließlich in „Wiener Praterstadion – Ernst-Happel-Stadion“ umbenannt. Heute ist unter anderem die Statistikabteilung der Stadt Wien im Stadion untergebracht.²⁴

Ernst-Happel-Stadion

Was bleibt vom Roten Wien?

Zur Zeit des Roten Wien wurden sowohl Einrichtungen, wie die Büchereien und Bäder, sowie Reformen im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich auf kommunaler Ebene, als auch nationale Errungenschaften, wie die Arbeitslosenversicherung, geschaffen und ausgebaut. Diese wirken bis heute nach, auch wenn sie selten mit dieser Periode in Verbindung gebracht werden. Trotz Nachkriegselend und träger Wirtschaftsentwicklung war es durch die gewonnene Autonomie Wiens möglich geworden, einen eigenen Weg einzuschlagen, um mehr Menschen Bildung, Gesundheit und Obdach zu ermöglichen. Einige Debatten von damals werden auch heute noch geführt: Die Sicherstellung sozialer und kultureller Teilhabe, die Gesamtschule, die Kommunalisierung öffentlicher Infrastruktur und die Fragilität des Wirtschaftssystems. Zusammen mit den neuen Herausforderungen, wie der globalen Klimaerwärmung, sind Antworten auf alte und neue Fragen nötig, um die Wiener Lebensqualität für künftige Generationen zu sichern.

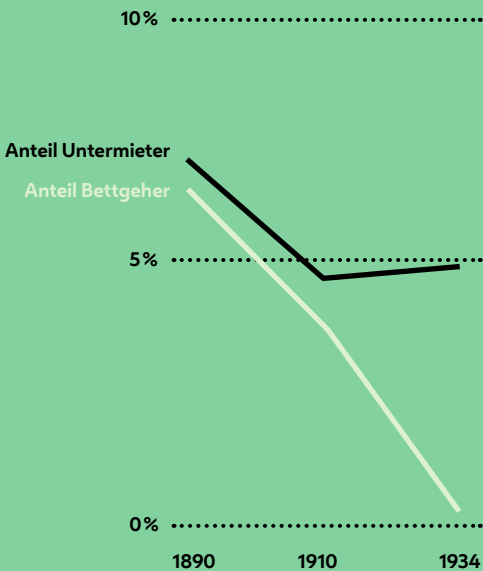
Daniel Jost studiert Volkswirtschaftslehre und Soziologie in Wien.

Quellen

- 1 Schwarz, W. M., Spitaler, G. und Wikidal, E. (Hg.) (2019): Das Rote Wien. 1914–1934. Ideen, Debatten, Praxis. Basel: Birkäuser.
- 2 Maderthaner, W. (2017): Das kommunale Experiment des Roten Wien – die „Veralltäglicung“ der Utopie? In: Am-berger, A., Möbius, T. (Hg.): Auf Utopias Spuren. Technikzukünfte, Wissenschaft und Gesellschaft. Wiesbaden: Springer.
- 3 Öhlinger, W. (Hg.) (1993): Das Rote Wien: 1918–1934. Historisches Museum der Stadt Wien.
- 4 Stadt Wien (2019): Wien Geschichte Wiki: Julius Tandler. URL: [geschichtewiki.wien.gv.at/Julius_Tandler](https://www.wien.gv.at/geschichtewiki/wien.gv.at/Julius_Tandler).
- 5 Pilz, K. (2019): Mutter (rotes) Wien. Fürsorgepolitik als Erziehungs- und Kontrollinstanz im „Neuen Wien“. In: Schwarz/Spitaler/Wikidal 2019.
- 6 siehe 4
- 7 Stadt Wien (2019): Wien Geschichte Wiki: Rotes Wien. URL: [geschichtewiki.wien.gv.at/Rotes_Wien](https://www.wien.gv.at/geschichtewiki/wien.gv.at/Rotes_Wien).
- 8 Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 1935.
- 9 Stadt Wien (2019): 100 Jahre Rotes Wien. Die wichtigsten Ereignisse der Epoche „Rotes Wien“ von 1919 bis 1934. URL: [100jahrerotes_wien.gv.at](https://www.wien.gv.at/100jahrerotes_wien.gv.at).
- 10 Statistik Austria (2019); Kindertagesheimstatistik 2017/18.
- 11 Stadt Wien (2019): Wien Geschichte Wiki: Otto Glöckel. URL: [geschichtewiki.wien.gv.at/Otto_Gl%C3%B6ckel](https://www.wien.gv.at/geschichtewiki/wien.gv.at/Otto_Gl%C3%B6ckel).
- 12 Parlament der Republik Österreich (2019): Wer ist Wer. Otto Glöckel. URL: [parlament.gv.at/WWER/PAD_00412/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00412/index.shtml).
- 13 Volkszählung 1934.
- 14 Statistik Austria (2019): Arbeitsmarktstatistiken 2018, Detailergebnisse. H11 Erwerbstätige (ILO) nach Bundes-land, Wirtschaftsbereich, beruflicher Stellung und Geschlecht - Jahresdurchschnitt 2018.
- 15 Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 1929, 2. Band.
- 16 Seliger, M. und Ucakar, K. (1985): Wien. Politische Geschichte. Entwicklung und Bestimmungskräfte großstädtischer Politik, Band 2: 1896–1934. Wien: Jugend und Volk.
- 17 Stadt Wien (2019): Wien Geschichte Wiki: Städtische Erwachsenenbildung. URL: [geschichtewiki.wien.gv.at/St%C3%A4dtische_Erwachsenenbildung](https://www.wien.gv.at/geschichtewiki/wien.gv.at/St%C3%A4dtische_Erwachsenenbildung).
- 18 Stadt Wien (2019): Wien Geschichte Wiki: Volkshochschule. URL: [geschichtewiki.wien.gv.at/Volkshochschule](https://www.wien.gv.at/geschichtewiki/wien.gv.at/Volkshochschule).
- 19 Stadt Wien (2019): Wien Geschichte Wiki: Büchereien Wien. URL: [geschichtewiki.wien.gv.at/B%C3%BChereien_Wien](https://www.wien.gv.at/geschichtewiki/wien.gv.at/B%C3%BChereien_Wien).
- 20 Püringer, J. (2014): Die Entwicklung des Arbeitsrechts in Österreich. In: Allgemeine Unfallversicherungsanstalt (2014): Ausbildung zur Sicherheitskraft, 6. Auflage, Band 1. Wien. URL: <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/file?pi=AC12160373&file=AC12160373.pdf>.
- 21 Eigner, P. (2019): Die Finanzpolitik des Roten Wien. In: Schwarz/Spitaler/Wikidal 2019.
- 22 Stadt Wien (2019): Wien Geschichte Wiki: Bäder. URL: [geschichtewiki.wien.gv.at/B%C3%A4der](https://www.wien.gv.at/geschichtewiki/wien.gv.at/B%C3%A4der).
- 23 Stadt Wien Bäder (2019).
- 24 Stadt Wien (2019): Wien Geschichte Wiki: Ernst-Happel-Stadion. URL: [geschichtewiki.wien.gv.at/Ernst-Happel-Stadion](https://www.wien.gv.at/geschichtewiki/wien.gv.at/Ernst-Happel-Stadion).

Wohnen

Der Wohnraum war Anfang des 20. Jahrhunderts knapp und viele Wiener Arbeiter waren gezwungen, stundenweise ein Bett zu mieten. Bis zum Ende des Roten Wien nahm der Anteil der Bettgeher stark ab; dafür waren die neu eingeführten Miethöchstgrenzen des Bundes und der städtische Wohnungsneubau verantwortlich. In der Gegenwart erleben neue, kommerzielle Formen des Teilens eine Renaissance.



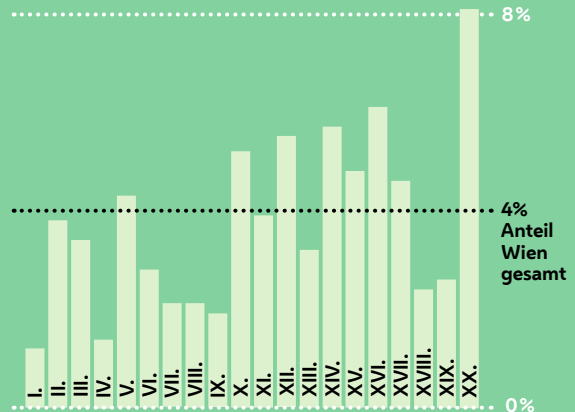
Bettgeher und Untermieter

Anteile an der Bevölkerung

Als Bettgeher wurden familienfremde Haushaltsmitglieder, die in einer Privatwohnung nur ein Bett mieten, bezeichnet.

Anteil der Bettgeher an der Bevölkerung nach Bezirken 1900

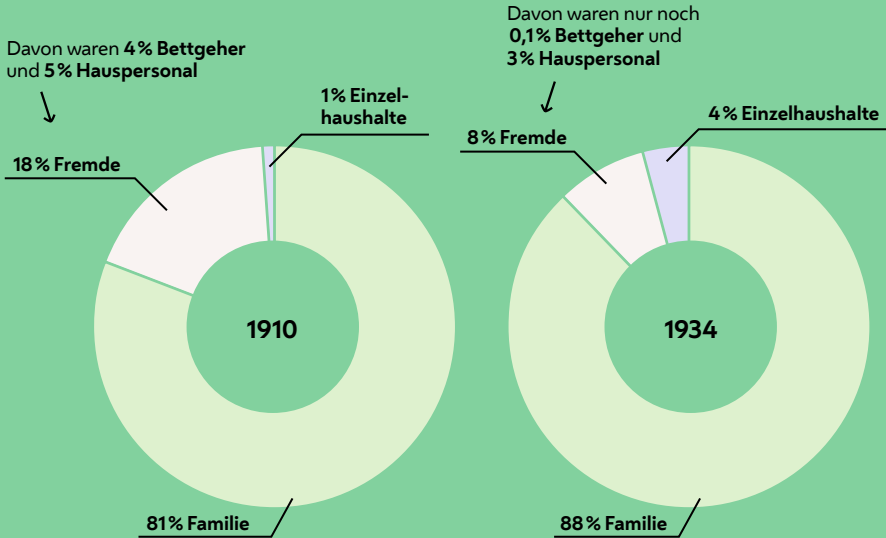
Ein hoher Anteil an Bettgeher war Ende des 19. Jahrhunderts rund um den Gürtel zu finden. Auf Platz 1 lag jedoch die Brigittenau, wo über 8 % der Bevölkerung in einer fremden Wohnung stundenweise ein Bett mieteten.



Haushalte

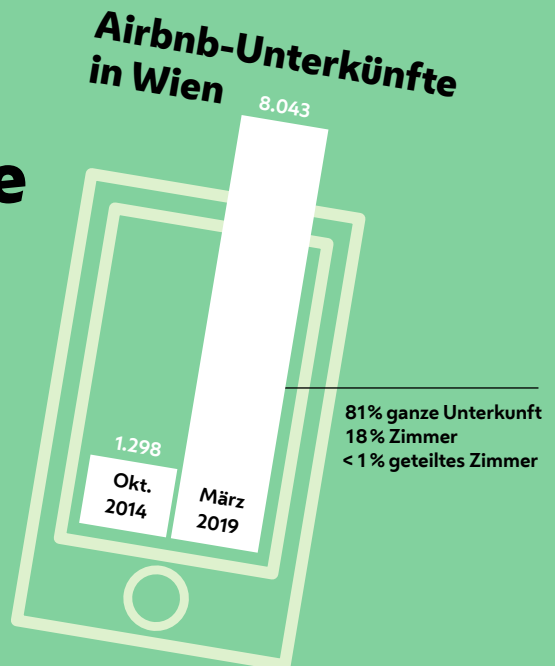
Weniger familienfremde Haushaltsmitglieder nach den Jahren des Roten Wien

1934 wohnten deutlich mehr Menschen zusammen mit Familienmitgliedern in einem Haushalt als 1910.



Sharing heute

Zur Zeit des Roten Wien waren Wohnraumknappheit und hohe Mieten die Ursachen für das Teilen von Wohnungen. Im Gegensatz dazu sind in vielen Städten heute hohe Mietpreise auch eine Folge des „Teilens“ von Wohnungen über digitale Plattformen.



Vom Bettgeher zur Sharing Economy: der Wandel der Ökonomie des Teilens

von Alina Pohl

Teilen ist ein wichtiger Aspekt gesellschaftlichen Zusammenlebens. Der Wohnraum war Anfang des 20. Jahrhunderts knapp und so manch ein Arbeiter gezwungen, Betten stundenweise zu mieten. Bis zum Ende des Roten Wien nahm der Anteil der Bettgeher stark ab. In den letzten Jahren erleben Formen von Kollaboration (Stichwörter „Sharing Economy“, kollaborative Ökonomie oder Plattformökonomie) jedoch eine gesellschaftliche Renaissance. Dies wirft neue politische Fragen, vor allem im Bereich der Regulierung, auf. Oberflächlich sehr ähnlich, wird bei genauerem Betrachten klar, dass die Ursache von Bettgehern damals – Wohnknappheit und hohe Mietkosten – heute die Folge von Plattformen wie Airbnb ist.

Unter anderem durch den technologischen und digitalen Wandel der letzten Jahrzehnte, damit einhergehender neuer Geschäftsmodelle und der schrittweisen Kommerzialisierung dieser Dienstleistungen, hat sich unser soziales und wirtschaftliches Handeln verändert. Intermediäre Plattformen bieten vermarktbarere Dienste, wie Übernachtungsmöglichkeiten, Essenzustellungen und Personenbeförderung zwischen Anbietern und Nachfragern. Verleih- oder Tauschhandlungen in kommerzialisierter Form sind jedoch nicht neu (z. B. Skiverleih, Ferienwohnungen). In Wien sind öffentliche Schwimmbäder, Bibliotheken und Verleihräder heute selbstverständlich und für alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt gleich benutzbar. In der Zeit vor dem Roten Wien war dem nicht so.

Teilen von Wohnraum damals: eine Notwendigkeit mit teils negativen Folgen

Wien, als Zentrum der Monarchie, verzeichnete während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein rasantes Bevölkerungswachstum. Dies brachte zahlreiche ökonomische, gesellschaftliche und demographische Veränderungen. Die so genannte Spätgründerzeit (1884 bis 1918) war gekennzeichnet durch eine rege Bautätigkeit privater gewinnorientierter Bauträger. Neben öffentlichen Bauten (wie den Ringstraßenbauten) wurden Wohnhäuser errichtet – die sogenannten Zins- oder Gründerzeithäuser (abwertend auch „Zinskasernen“ genannt). Unter anderem durch das starke Bevölkerungswachstum um die Jahrhundertwende (bis 1910) war Wohnraum nicht nur knapp sondern auch teuer, vor allem für jene, die auf diese geschaffenen Unterkünfte angewiesen waren, speziell Arbeiterfamilien.

Eine große Zahl der nach Wien ziehenden Industriearbeiter musste sich am freien Markt um einen Wohnplatz kümmern. Da sie sich jedoch vielfach keine eigene Unterkunft leisten konnten, blieb vielen nur, sich bei Fremden zum Schlafen einzumieten: Sogenannte Bettgeher bezahlten für eine Schlafstelle in einer gemieteten Wohnung. Dabei wurden die Betten sowohl am Tag als auch in der Nacht stundenweise vermietet – je nach Arbeitsschicht der einzelnen Personen. Teure Mietwohnungen wurden aus Kostengründen mit Bettgehern und Untermietern geteilt, wobei Wohnungen oft überbelegt waren und die Betten oftmals von mehreren Personen im „Schichtbetrieb“ benutzt wurden. Ein Recht auf Nutzung weiterer Gemeinschaftsräume (Küche) oder Mahlzeiten hatten die Schlafgänger (wie sie auch genannt wurden) nicht. Im Unterschied zu Untermietern: Diese hatten volles Wohnrecht in einem untergemieteten Zimmer und waren Teil der Wohngemeinschaft. Zu den Volkszählungen 1900 und 1910 wurden ca. 170.000 Personen in Wien als Bettgeher oder Untermieter (inkl. deren Angehörige) registriert, was in etwa jedem Zehnten der Wiener Bevölkerung entsprach.

Bettgeher und Untermieter

Manche Wohnungseigentümer verboten ihren Mietern die Aufnahme von Bettgehern und Untermietern. Jene Mieter, die Bettgeher und Untermieter in ihre Unterkunft aufnahmen, waren zu größeren Teilen ebenfalls Arbeiter und Tagelöhner. Die größte Zahl an Bettgehern ist zu Ende des 19. Jahrhunderts in Wien generell rund um den Gürtel, aber auch in der Leopoldstadt, der Brigittenau, Ottakring und Favoriten zu finden.

Mietengesetz und Friedenszins: Rückgang an Bettgehern, aber anhaltende Wohnungsnot

Teilen war eine Notwendigkeit – aufgrund zu teurer Mieten auf der einen und Wohnungsknappheit auf der anderen Seite. Die (kurzfristige) Linderung von Not (Schlafplatz vs. Geldmangel) hatte jedoch aufgrund furchtbar schlechter hygienischer Umstände die Verbreitung von Krankheiten zur Folge und stellte das soziale und familiäre Gefüge – zu viele (fremde) Personen auf engem Raum – auf eine harte Probe. Unmut machte sich breit, bis hin zu Mietrevolten, was 1917 zur ersten kaiserlichen Mieterschutzverordnung und schließlich 1922, erstmals in der Sozialgesetzgebung Europas, zu einem Mietengesetz führte.

Schließlich ließ eine reale Geldabwertung aufgrund der Hyperinflation nach dem Ersten Weltkrieg die Mieten gegen Null sinken. Durch das Mietengesetz 1922 wurden diese auf den Wert von vor Kriegsausbruch (Juni 1914) eingefroren („Friedenszins“) – die Mieten schrumpften daraufhin auf ein Minimum des ursprünglichen Zinses, weshalb für die Mieter nun keine Notwendigkeit mehr bestand, Bettgeher und Untermieter zur Kostenteilung aufzunehmen. Dieser zahlenmäßig starke Rückgang von Bettgehern ist in den Volkszählungen zwischen 1910 und 1934 ersichtlich. Die Wohnbelagsdichte nahm zwar ab, die soziale Not und Obdachlosigkeit aufgrund der Wohnraumknappheit jedoch zu.

Rotes Wien: Kommunalen Wohnbau und Tröpferlbad verbessern Wohnsituation und Hygiene

Auch wenn kurzfristig die Mieten billiger waren, so war die Armut ein Problem und Wohnraum nach wie vor knapp. Es mussten sich weiterhin verschiedene (auch familienfremde) Personen eine Wohnung teilen. Dazu zählten neben dem engen Familienverband (Eltern und leibliche Kinder) vor allem sonstige Familienangehörige wie Geschwister und Verschwägerter, Untermieter und deren Angehörige. Durchschnittlich ca. fünf Personen bewohnten um 1900 eine klassische 30 m²-Zimmer-Küche-Wohnung mit Toilette und Wasseranschluss (Bassena) am Gang und Entlüftung ins Stiegenhaus.

**Haushalte
Weniger familien-
fremde Haushalts-
mitglieder am Ende
des Roten Wien**

Um Körperpflege und Hygiene zu verbessern, eröffnete die Wiener Stadtverwaltung im Jahr 1887 das erste Wiener Volksbad am Neubau – eine sozial- und hygienepolitische Innovation. Menschen ohne eigene Waschmöglichkeit zuhause konnten hier ihre Körperpflege erledigen. In diesen Volksbädern, die häufiger als „Tröpferlbäder“ bezeichnet wurden, gab es Brause und Wannenbäder, getrennt für Männer und Frauen (später auch getrennt für Erwachsene und Kinder). In der besseren ersten Badeklasse gab es separat verschließbare Brausezellen mit eigener Umkleidemöglichkeit, wohingegen die zweite Klasse gemeinsame Umkleiden und Duschräume mit offenen Brausen hatte. Der ca. einmal wöchentliche Besuch wurde von den Bademeistern streng geregelt und war mit einer maximalen Duschzeit von 30 Minuten begrenzt. Bei hohem Andrang in den Bädern, und daraufhin weniger werdendem Wasser in den Tanks am Dachboden, ging der Wasserdruck zurück und der nun geringere Wasserfluss „tropfte“ aus den Brausen, wovon sich die umgangssprachliche Bezeichnung „Tröpferlbad“ ableitet.

Verzeichnete das erste Wiener „Tröpferlbad“ am Neubau 1887 rund 78.000 Besuche, waren es knapp dreißig Jahre später (1914) bereits 3,5 Mio. Den Höchststand erlebten die 18 Wiener Volksbäder 1931 in der Zeit des Roten Wien mit über 6,5 Mio. Besuchen. In dieser Periode wurden die öffentlichen Badeanstalten stark ausgebaut (siehe [Leben im Roten Wien](#)). Wien wurde innerhalb weniger Jahre zur Hauptstadt mit den meisten Bädern. Der enorme Rückgang der Besuche in „Tröpferlbädern“ nach dem Zweiten Weltkrieg ist ein Gradmesser des Wohlstands in Wien.

Der kommunale Wohnbau des Roten Wien trug schließlich ab den 1920ern zu einer Verbesserung der Wohnungsnot, Hygienisierung und Linderung von Armut bei. Verglichen mit der Wohnsituation während der Monarchie, war spätestens gegen Ende der Zeit des Roten Wien eine sichtliche Erleichterung zu erkennen. 1934 machten Bettgeher nur mehr 0,1% der Bevölkerung aus.

Sharing von Wohnraum heute: teils profitgetrieben und regulierungsbedürftig

100 Jahre später sind die Unterschiede in der Wohnsituation, für die damals die Grundlage gelegt wurde, offensichtlich. Im Kontext der „Sharing Economy“ gibt es Formen einer kurzfristigen

Wohnraumvermietung gegen Entgelt auch heute – die Motive sind mit damals jedoch nicht vergleichbar. Die heutigen Gründe für die kurzfristige Vermietung von Zimmern und Wohnungen wirken durch einen 100-jährigen Zeitsprung in die Gegenwart nahezu peinlich paradiesisch: Geschäftstüchtige Wohnungseigentümer vermieten zu relativ lukrativeren Preisen freien Wohnraum an Touristinnen und Touristen. Da dieser Wohnraumbestand dem freien Markt nicht mehr zur Verfügung steht, liegt eine Verknappung des frei verfügbaren Wohnraums vor, weshalb dieses nun geringere Angebot höhere Miet- und Immobilienpreise nach sich ziehen kann.

Sharing heute am Beispiel Airbnb

Ursache damals ist Wirkung heute

Die Entwicklung vor 100 Jahren (vor dem sozialen Wohnbau des Roten Wien) und jene heute („Sharing Economy“) haben das kurzfristige Teilen von Wohnraum und hohe Mietpreise gemeinsam. Die Kausalitäten sind allerdings grundsätzlich konträr, weshalb Ursachen und Wirkungen für diese Entwicklungen zu unterscheiden sind: Damals waren, aufgrund der Wohnraumknappheit, hohe Mietkosten die Ursache für das notwendige Teilen von Wohnraum; heute sind hohe Mietpreise auch die Folge davon.

Gerechtes Sharing auf allen Ebenen

Gegen diese Konkurrenz am freien Wohnungsmarkt schreitet auch in der heutigen Zeit die öffentliche Hand ein: Die Stadt Wien erstellte mit Kooperationsstädten Regulatorien, um ein Übermaß an Wohnraumverknappung – und dadurch Immobilienpreissteigerungen – zu verhindern. Wohnen soll dadurch leistbar bleiben und einheitliche Maßstäbe für ein geordnetes und faires Miteinander geschaffen werden. Ähnliche Regeln und Gesetzesinitiativen gab es auch in anderen Bereichen der „Sharing Economy“ wie z. B. im Verkehr (Mietwägen, E-Scooter etc.). Ganz abgesehen von den bekannten Plattformen für Wohnraumvermietung, Essenszustellung oder Fortbewegungsmittel (City Bikes, Carsharing, E-Scooter), ist die „Sharing Economy“ heute von einer Vielfalt vom Teilen und Tauschen diverser Güter und Dienstleistungen geprägt. Das Angebot reicht von Second-Hand-Plattformen und Flohmarkt-Apps, zu Reparaturcafés, öffentlichen Kühlschränken und Leihläden, bis hin

zu gemeinschaftlichem Kochen, Gartengestaltung, oder Unterstützung bei der Tier- und Kinderbetreuung.

Von der Share zur Fair Economy

Die Ökonomie des Teilens kann und wird heute nach den gleichen Maßstäben aber unter anderen Umständen gelebt wie damals. Die Möglichkeiten sind technisch grenzenlos und räumlich quasi entgrenzt. Was es jedoch immer brauchen wird, ist die Solidarität und Offenheit der Mitmenschen auch dementsprechend zu handeln.

Teilen und gegenseitige Hilfe sind nichts Neues und gesellschaftlich erwünscht. Damals zur Linderung von sozialen Notlagen, heute vordergründig zum Zweck der Kostenteilung, Ressourcenschonung, Inklusion und gesellschaftlichen Integration. Grenzen bestehen dann, wenn negative Auswirkungen für einen Teil der Bevölkerung bemerkbar sind. Ein rein kommerziell orientiertes Konzept zum Vorteil einiger weniger bedarf übergreifender Regulierung. Geschäftsmodelle der „Sharing Economy“ müssen sozial verträglich und ressourcenschonend sein – von der share zur fair economy.

Alina Pohl arbeitet im Dezernat Wirtschaft der Abteilung Wirtschaft, Arbeit und Statistik der Stadt Wien. Sie hat Volkswirtschaftslehre und Geschichte studiert.

Quellen

Amtsblatt der Stadt Wien. Nr. 14. Dienstag, den 16. Februar 1897 Gemeinderath.

Amtsblatt der Stadt Wien, Nr. 49, 4. Dezember 1971.

Bauer, R. und Himpele, K. (2019): Auf dem Weg zurück zur Zwei-Millionen-Stadt – die Entwicklung der Wiener Bevölkerung, Teil 1: Eine Metropole entsteht (1850–1910). URL: wien1x1.at/site/bev-entwicklung-1.

Eigner, P., Matis, H. und Resch, A. (1999): Sozialer Wohnbau in Wien. Eine historische Bestandsaufnahme. In: Jahrbuch des Vereins für die Geschichte der Stadt Wien 1999. Wien. URL: demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/matis_wohnbau.pdf.

Mieterschutzverband (2010): Wien 1910 – Bettgeher und Mieterrevolten. URL:

mieterschutzwien.at/1633/wohnungselend-1911. Pichlmair, M. (2013): Miete, Lage, Preisdiktat: Strukturelle Effekte der Lageregulierung im mietrechtlich geschützten Wiener Wohnungsmarkt, Forschungsergebnisse der Wirtschaftsuniversität Wien. Frankfurt am Main: Peter Lang Internationaler Verlag der Wissenschaften.

Stadt Wien (2019): 100 Jahre Rotes Wien. Die wichtigsten Ereignisse der Epoche „Rotes Wien“ von 1919 bis 1934. URL: 100jahrerotes.wien.gv.at.

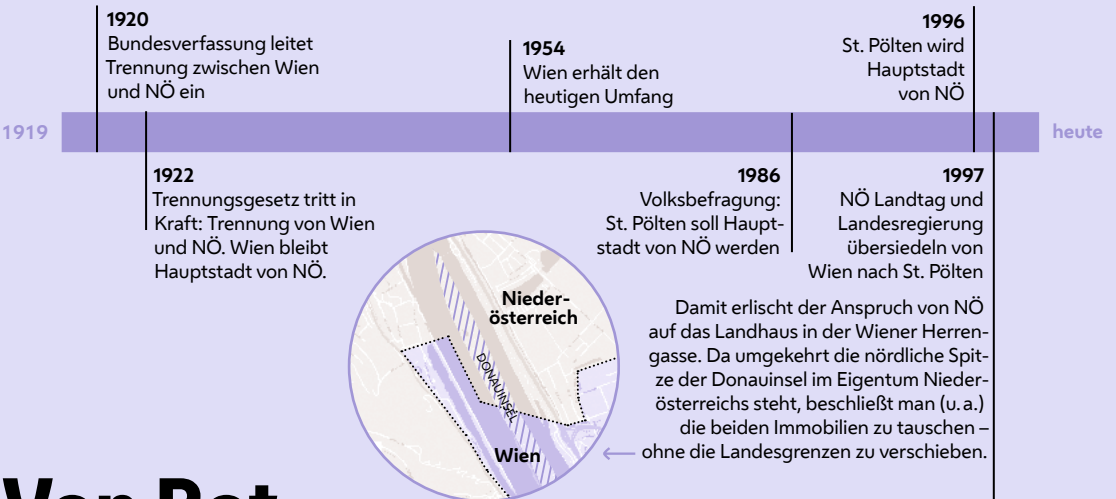
Stadt Wien (2019): Wien Geschichte Wiki: Tröpferlbad. URL: geschichtewiki.wien.gv.at/Tr%C3%B6pferlbad.

Statistische Jahrbücher der Stadt Wien.

Wiener Stadt- und Landesarchiv (1990): Historischer Atlas von Wien. Wien: Jugend und Volk.

Wien und Nieder- österreich

Nach einem Jahrtausend gemeinsamer Verwaltung wurden Wien und Niederösterreich vor fast 100 Jahren getrennt. Beide Bundesländer eint eine lange Vergangenheit – dennoch unterscheiden sie sich auf politischer, demographischer und wirtschaftlicher Ebene stark voneinander.

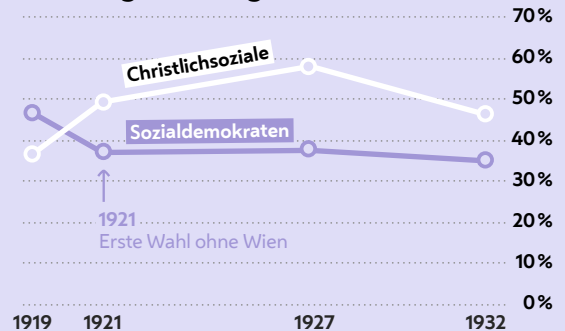


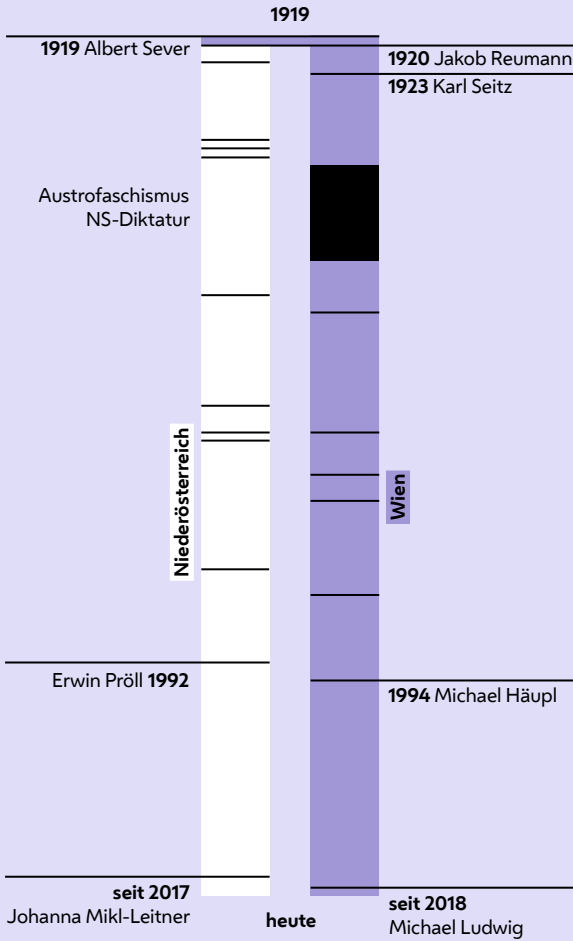
Von Rot zu Schwarz

Erste demokratische Landtagswahl in NÖ ohne Wien 1921

1919 noch von den Sozialdemokraten regiert, bringt die von den Christlichsozialen forcierte Abtrennung Wiens eine dauerhafte „schwarze Mehrheit“ in Niederösterreich.

Landtagswahlergebnisse in NÖ





Demokratisch gewählte Landes- hauptleute

Seit der Trennung 1921 wurde Niederösterreich nur von „schwarzen“ Landeshauptleuten regiert – Wien nur von „roten“.

Längste Amtszeiten

Erwin Pröll (ÖVP) 24,5 Jahre



Michael Häupl (SPÖ) 23,5 Jahre



Hauptstadtfrage

Volksbefragung 1986

Neben den fünf auf dem Stimmzettel genannten Städten konnte ebenfalls eine Stadt eigener Wahl vorgeschlagen werden.

St. Pölten	45%
Krems	29%
Baden	8%
Tulln	5%
Wiener Neustadt	4%
Andere	0,4%
Keine Präferenz	8%

VOLKSBEFRAGUNG
Soll Niederösterreich
eine eigene
Landeshauptstadt
bekommen?

Ja
56%

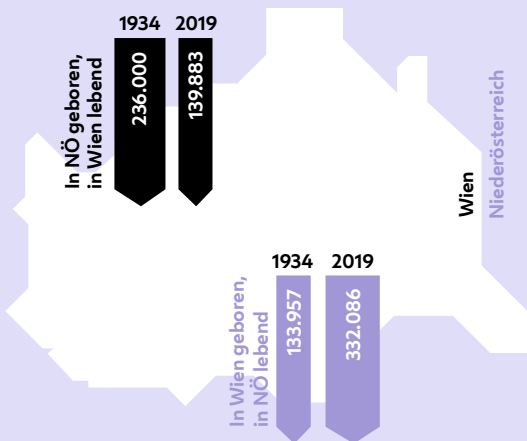
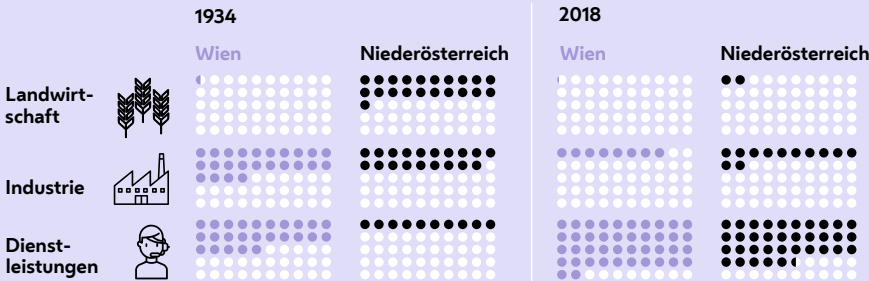
Nein
44%

Wahlbeteiligung: 61%

Wirtschaftssektoren

Anteil der Erwerbstätigen in Sektoren

Schon in den 1930ern gab es nur noch wenige Bauern in Wien – in NÖ stellten sie dagegen die Mehrheit der Erwerbsbevölkerung. Beide Länder waren damals auch durch die Industrie geprägt – heute dominiert der Dienstleistungssektor.

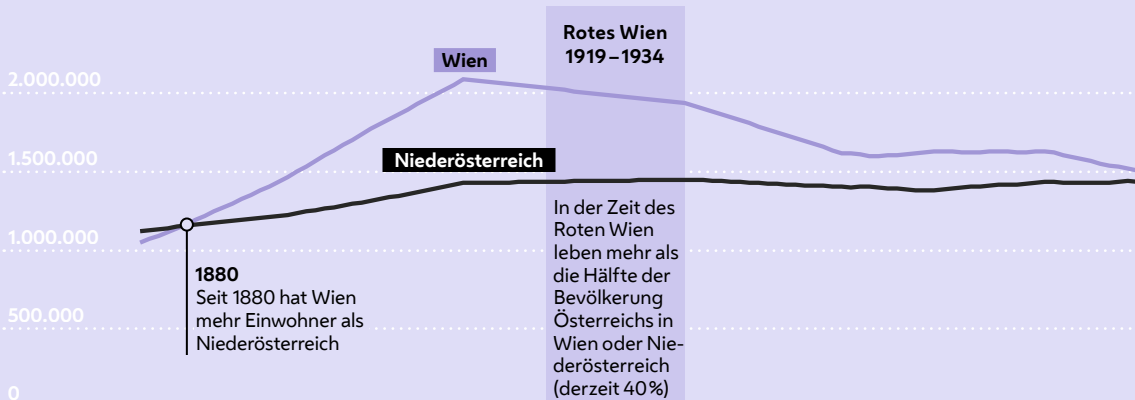


Niederösterreich in Wien & vice versa

An Arbeitstagen halten sich heute bis zu 330.000 Menschen mit Niederösterreich-Hintergrund in Wien auf.

190.326 Personen pendeln 2016 von NÖ nach Wien

72.539 Personen pendeln 2016 von Wien nach NÖ



Pkw-Dichte

Autos pro 1.000 Personen

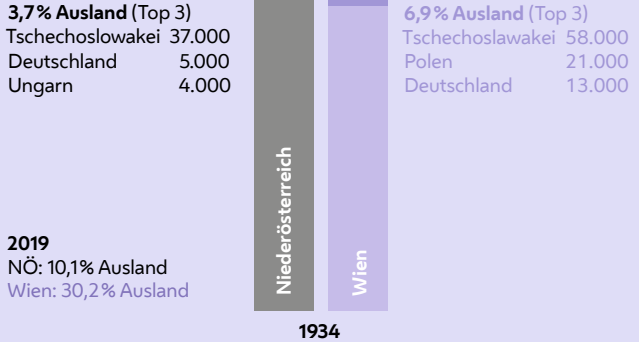


Herkunft & Religion

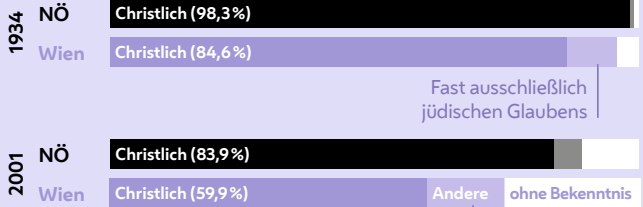
Buntes Wien, christliches Niederösterreich

Als Millionenstadt unterschied sich Wiens Bevölkerung schon während der Ersten Republik stark von jener Niederösterreichs. Damals wie heute kamen die meisten Zugewanderten aus Mittel- und Osteuropa; Wien war und ist deutlich weniger christlich geprägt als das Land unter der Enns.

Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit



Religion



Im Zuge der Volkszählung 2001 wurden zum letzten Mal systematisch amtliche Daten zum Religionsbekenntnis erhoben. Laut wissenschaftlichen Studien ist der Anteil der Wiener orthodoxen Glaubens und islamischen Glaubens sowie ohne Bekenntnis seither gestiegen. Jener der Katholiken ist gesunken. Für Niederösterreich sind keine aktuellen Untersuchungen bekannt.

Etwa die Hälfte davon islamischen Glaubens

PROGNOSE



Bevölkerung

Entwicklung in Wien und Niederösterreich

Wien ist anders. Niederösterreich auch.

von Daniel Jost und Franz Trautinger

Vor beinahe 100 Jahren wurde die gemeinsame Verwaltung von Wien und Niederösterreich getrennt. Davor einte die beiden Gebiete eine fast tausendjährige gemeinsame Geschichte. Für Wien bedeutete die Trennung den Aufbau einer „roten Insel“, auch wenn diese bis 1986 Hauptstadt Niederösterreichs blieb. Trotz der langen Vereinigung und ihrer räumlichen Nähe unterscheiden sich die zwei Bundesländer damals wie heute auf politischer, demographischer und wirtschaftlicher Ebene stark voneinander.

Der christlichsoziale Machtverlust und der Wunsch nach Trennung

Mit der Ausrufung von Deutsch-Österreich wurde Politik erstmals zur res publica, zur öffentlichen Sache – und die Aufteilung des Staates spielte hier, wie in jeder Demokratie, eine entscheidende Rolle. In „Groß-Niederösterreich“ lebte damals mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung Österreichs (derzeit ca. 40%), was vielen Politikern in den anderen Bundesländern bedrohlich erschien. Dazu kam, dass die Sozialdemokraten bei der ersten freien Landtagswahl in „Groß-Niederösterreich“ 47% erreichten und mit absoluter Mehrheit im Landtag alleine regieren konnten. Die Christlichsozialen lagen 10 Prozentpunkte dahinter. Der erste demokratisch gewählte Landeshauptmann des alten Niederösterreich war der Sozialdemokrat Albert Sever.^{1,2}

Ein übermächtiges „österreichisches Preußen“, das auch noch rot war und die anderen Länder einfach überstimmen konnte, war den Christlichsozialen ein Dorn im Auge. Daher erhoben die Konservativen die Scheidung der Großstadt vom „Bauernland“ (ein Vorurteil, das richtig und falsch zugleich ist, siehe unten) zur causa prima. Die Sozialdemokraten hatten einige Jahre zuvor unter der

Herrschaft des Kaisers die Trennung noch heftig gefordert; da sie 1919 den niederösterreichischen Landeshauptmann und den Wiener Bürgermeister stellten, hatte die Teilung keine oberste Priorität mehr. Die (auch rechtliche) Unterstützung des Landes für ihre Stadtpolitik war ohnehin gesichert. Trotzdem zeigten sie sich kompromissbereit, da es letztendlich darum ging, sich mit den Christlichsozialen auf eine republikanische Verfassung für das neue Österreich zu einigen. ^{2,3}

Die Trennung Wiens von Niederösterreich

Die Trennung wurde 1920 mit dem Bundes-Verfassungsgesetz eingeleitet, dessen Grundpfeiler noch immer gelten. Darin war schon eine „Trennungsklausel“ vorgesehen, die „Groß-Niederösterreich“ in zwei eigenständige Landesteile teilte: Wien und Niederösterreich-Land. Beide „Länder“ bekamen noch 1920 eigene Landesverfassungen, in Wien „Stadtverfassung“ genannt. Die sozialdemokratische Führung von Niederösterreich war damit Geschichte – noch im selben Jahr wurde der christlichsoziale Johann Mayer Landeshauptmann von Niederösterreich-Land. Wiener Landeshauptmann wurde der Bürgermeister Jakob Reumann. ^{2,3,4}

Nach langen Verhandlungen über die Aufteilung des Vermögens erfolgte die endgültige Scheidung des ungleichen Paares am 1. Jänner 1922: Niederösterreich und Wien wurden eigenständige, etwa gleich bevölkerungsstarke Bundesländer, die in den nächsten 100 Jahren politisch immer schwarz bzw. rot dominiert bleiben sollten.

Von rot zu schwarz

Obwohl primär von den Christlichsozialen gefordert, ermöglichte dies der sozialdemokratischen Stadtregierung die nötige Autonomie, um die Reformen des Roten Wien einzuleiten – ein Großteil der Steuereinnahmen des alten Niederösterreich stammte aus Wien. Für das neue Niederösterreich bedeutete die Trennung somit einen finanziellen Verlust. ^{1,2}

Braucht Niederösterreich ein eigenes Zentrum?

Auch nach der Trennung blieb Wien die Hauptstadt und der Regierungssitz Niederösterreichs. Dies änderte sich erst gegen Ende des letzten Jahrhunderts. 1986 wurde der nieder-

österreichischen Bevölkerung mittels Volksbefragung die Frage gestellt: Soll Niederösterreich eine eigene Landeshauptstadt bekommen? Dies bejahten 56% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Bei der zusätzlich möglichen Wahl einer Stadt sprachen sich 45% für St. Pölten und 29% für Krems aus. Neben Baden, Tulln und Wiener Neustadt waren auch die von den Befragten selbst vorgeschlagenen Städte chancenlos. Die Wahlbeteiligung betrug über 60%.^{6,7}

Hauptstadtfrage

Der Sitz des niederösterreichischen Landtags verblieb bis 1997 in Wien. Mit der Übersiedlung nach St. Pölten erlosch laut Trennungsgesetz der Anspruch Niederösterreichs auf das Landhaus in der Wiener Herrengasse. Um es dennoch behalten zu dürfen, einigten sich Wien und Niederösterreich auf Eigentumsübertragungen, welche auch die nördliche Spitze der Donauinsel beinhalten, die hoheitsrechtlich in Niederösterreich liegt. Die Landesgrenze läuft heute zwar noch immer durch den nördlichen Teil des Erholungsgebiets, privatrechtlich steht die gesamte Donauinsel aber seit damals im Eigentum Wiens.⁵

Austausch trotz Unterschieden

Schon zur Zeit der Trennung waren die Unterschiede zwischen der Metropole und dem (relativ) flachen Land trotz politischer und räumlicher Verbundenheit enorm. Und auch heute zeigen die Daten grundsätzlich andere demographische und wirtschaftliche Strukturen – und einen regen Austausch zwischen den beiden Regionen.

Seit 1880 wohnen (nach heutigem Gebietsstand) mehr Menschen in Wien, auch wenn Anfang des 21. Jahrhunderts Niederösterreich „gefährlich“ nahe gerückt ist. In den nächsten 100 Jahren wird sich an der Reihung laut Prognosen jedoch nichts ändern: Wien soll nach Berechnungen der Stadt Wien bereits 2027 wieder zur Zwei-Millionen-Metropole werden, während Niederösterreich diese Marke erst 2080 erreichen dürfte. Nichtsdestotrotz leben in Niederösterreich seit 1999 mehr Wahlberechtigte als in der Bundeshauptstadt, was am niedrigeren Ausländeranteil liegt.^{1,8}

Bevölkerung

Schon in der Zwischenkriegszeit war der Anteil der ausländischen Bevölkerung Wiens (6,9%) deutlich höher als jener Niederösterreichs (3,7%). Heute hat fast jeder 3. Einwohner Wiens eine nicht-österreichische Staatsangehörigkeit – in Niederösterreich nur jeder 10. Die großstädtische Vielfalt zeigt sich auch bei den Religionsbekenntnissen der Bevölkerung stark: Wenig überraschend war (und ist) das eher konservative Niederösterreich deutlich christlich geprägt. 1934 waren mit 98,5% fast alle Niederösterreicher und Niederösterreicherinnen christlichen Glaubens. Das ist vor allem auf den im Vergleich zu Wien sehr geringen Anteil jüdischer Bevölkerung zurückzuführen. So waren in Niederösterreich nur 0,5%, in der Donaumetropole jedoch 10% der Bevölkerung jüdischen Glaubens. ^{1,10}

Herkunft und Religion

Wien und Niederösterreich konnten und können dennoch nicht ohne einander leben, der Austausch zwischen den geschiedenen Partnern ist enorm: 1934 stammte ca. jede 8. (12,2%) in der Hauptstadt lebende Person aus Niederösterreich. Heute kommen mit 140.000 Einwohnern Wiens 7,4% aus dem Land „unter der Enns“. Rechnet man die 190.000 Tagespendler dazu, halten sich an Arbeitstagen sogar bis zu 330.000 Menschen mit „Niederösterreich-Hintergrund“ in Wien auf. Umgekehrt sind 20% der Niederösterreicher in Wien geboren – was wohl einerseits mit der Spitalsdichte, andererseits mit dem Traum vieler Stadtfamilien vom „Leben am Land“ zu tun hat. ^{1,10,11}

Niederösterreich in Wien

Mehr als drei Viertel der „Grenzüberschreitungen“ von Niederösterreich nach Wien erfolgen heute im Auto. Das dünn besiedelte Niederösterreich (rund 90 Einwohner pro km²) ist gemeinsam mit dem Burgenland die Gegend mit der höchsten Pkw-Dichte im Land: Je 1.000 Bewohner gibt es in Niederösterreich 641 Pkw. In Wien sind es nur 371, und damit weniger als in den anderen Bundesländern und den Landeshauptstädten. Ende der 1920er-Jahre war dies umgekehrt. Pkw waren ein Wohlstandszeichen, weshalb in der reichen Hauptstadt 5,1 Autos auf 1.000 Bewohner kamen; in Niederösterreich waren es nur 2,2. ^{1,9,12,13}

Pkw-Dichte

Schließlich unterscheidet sich auch die Art zu wirtschaften enorm: Während 42 % der niederösterreichischen Erwerbstätigen 1934 in der Landwirtschaft arbeiteten, waren es in Wien nur 1%. Auch heute sind über 4 % der Niederösterreicher Bäuerinnen und Bauern, in Wien nicht einmal 0,5%. Was dabei oft untergeht: Niederösterreich war schon damals auch ein Industrieland (38% der Erwerbstätigen) und blieb es bis heute: Mit 25 % sind mehr Niederösterreicher in der Industrie tätig als Wiener (15%). Der Dienstleistungssektor dominiert aber heute in beiden Ländern deutlich. ^{1,10,11}

Wirtschafts- sektoren

Das ungleiche Paar muss wieder an einem Strang ziehen

Nach der endgültigen rechtlichen Trennung 1922 wurden die Grenzen zwischen Wien und Niederösterreich bis 1954 mehrmals verschoben; seit damals gelten sie in der heutigen Form. Die gesellschaftlichen und politischen Unterschiede zwischen Wien und Niederösterreich waren in der Zwischenkriegszeit eine Art Spiegelbild des Konflikts zwischen „Rot“ und „Schwarz“. Die Zahlen belegen dies deutlich, egal ob man Menschen, Autos oder Arbeitsplätze betrachtet.

Trotzdem waren und sind die ungleichen Partner aufeinander angewiesen: wirtschaftlich, kulturell, politisch und auf privater Ebene. Dies zeigen nicht nur die Wanderungs- und Pendlerbewegungen – die neben der Arbeit auch Schule oder Studium betreffen können. Bewegt man sich auf der Triester Straße in den Süden oder der Simmeringer Hauptstraße in den Osten, merkt man nur mehr anhand der Ortstafeln, nicht aber am Stadtbild, dass man die Metropole Wien offiziell verlassen hat. Der Wiener Flughafen im niederösterreichischen Schwechat gehört (u. a.) beiden Ländern gemeinsam.

Will die Stadtregion Wien weiterhin erfolgreich bleiben, ist eine gute Zusammenarbeit der gegensätzlichen Nachbarn unerlässlich. Dies betrifft insbesondere den erforderlichen Ausbau des öffentlichen Verkehrs, um die umweltschädlichen Pkw-Ströme nach Wien zu reduzieren; aber auch allgemeinere Fragen der Raumplanung (Stichwort Zersiedelung), der Gesundheitsversorgung, der Bildung und der gemeinsamen Entwicklung des Wirtschaftsstandorts „Ostregion“, wozu auch der Ausbau der gemeinsamen Infrastruktur (Flughafen, Autobahnring) zählt.

Daniel Jost studiert Volkswirtschaftslehre und Soziologie in Wien.

Franz Trautinger ist Leiter der Stabsstelle Kommunikation der Abteilung Wirtschaft, Arbeit und Statistik der Stadt Wien. Er hat Politikwissenschaft und Romanistik studiert.

Quellen

- 1 Statistik Austria. <https://www.statistik.at> zu eigener Landeshauptstadt. URL: tt.com/ticker/11171890/niederosterreich-sagte-vor-30-jahren-ja-zu-eigener-landeshauptstadt.
- 2 Seliger, M. und Ucakar, K. (1985): Wien. Politische Geschichte. Entwicklung und Bestimmungskräfte großstädtischer Politik, Band 2: 1896–1934. Wien: Jugend und Volk.
- 3 Niederösterreichischer Landtag (2019): Die Trennung Wiens von Niederösterreich. URL: landtag-noe.at/der-landtag/geschichte/die-trennung-wiens-von-niederosterreich.
- 4 Stadt Wien (2019): Wien Geschichte Wiki: Niederösterreich. URL: geschichtewiki.wien.gv.at/Nieder%C3%B6sterreich.
- 5 Stadt Wien (2019): Häupl und Pröll: Tausch von Grundstücken und Immobilien vereinbart. URL: wien.gv.at/presse/1995/04/05/haeupl-und-proell-tausch-von-grundstuecken-und-immobilien-vereinba-1.
- 6 Gesetz zur Durchführung einer Volksbefragung über eine Landeshauptstadt in Niederösterreich (1986). URL: ris.bka.gv.at/Dokumente/LgbINO/LRNI_1986001/LRNI_1986001.pdf.
- 7 ORF (2016): Das Gulasch und die Landeshauptstadt. URL: noe.orf.at/v2/news/stories/2760359 & Tiroler Tageszeitung (2016): Niederösterreich sagte vor 30 Jahren „Ja“
- 8 Bauer, R., Fendt, C., Haydn, G., Rimmel, W. und Seibold, E. (2018): Kleinräumige Bevölkerungsprognose Wien 2018. Statistik Journal Wien 1/2018. Stadt Wien Wirtschaft, Arbeit und Statistik.
- 9 Land Niederösterreich und ÖBB (2016): Kordonenerhebung.
- 10 Bundesamt für Statistik Österreich (1934): Ergebnisse der österreichischen Volkszählung 1934.
- 11 Bauer, R., Seidl, R. und Trautinger, F. (2018): Wien, größte Stadt des Burgenlandes: Über „Zuagraste“ in der Hauptstadt. URL: wien1x1.at/site/wien-zuagraste.
- 12 Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 1929, 2. Band.
- 13 Landesregierung Niederösterreich (1930): Das Bundesland Niederösterreich: Seine verfassungsrechtliche, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklung im ersten Jahrzehnt des Bestandes; 1920 - 1930.

Isotype

Visuelle Datenkommunikation im Roten Wien: Die Wiener Methode der Bildstatistik

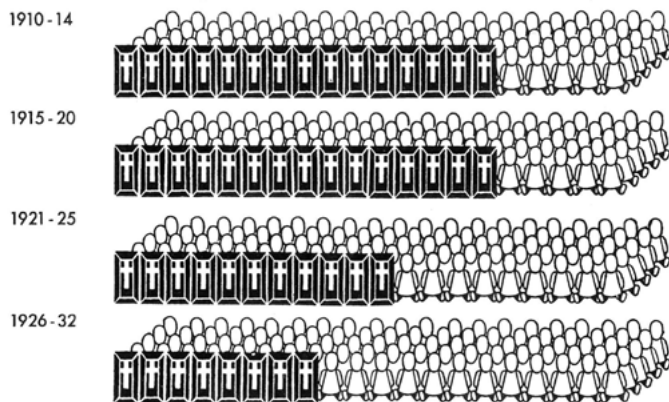
In den 1920er-Jahren entwickelte Otto Neurath, Gründer des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in Wien, zusammen mit seiner Frau Marie Neurath, dem Grafiker Gerd Arntz und anderen Experten die Wiener Methode der Bildstatistik. 1934 wurde diese in Isotype (Akronym für International System of Typographic Picture Education) unbenannt. Das Ziel war die Vermittlung von Daten und Forschungsergebnissen an die breite Bevölkerung. Sprach- und Kulturbarrieren werden durch die symbolische Darstellung der Daten als Piktogramme überwunden. Die Verständlichkeit und Einprägsamkeit wird durch die Vereinheitlichung von Symbolen erreicht. Obwohl dadurch komplexe Sachverhalte einfach dargestellt werden, bleibt die wissenschaftlich korrekte Präsentation wesentlich. Aufgrund seiner politischen Nähe zum Roten Wien sah sich Neurath 1934 gezwungen zusammen mit seinen Kollegen in die Niederlande zu emigrieren. Marie Neurath trug nach dem Tod ihres Mannes (1945) maßgeblich zur Verbreitung der Isotype in aller Welt bei.

Säuglingssterblichkeit in Wien

Bei dieser frühen Form der Visualisierung wurde der prozentuelle Anteil der Kinder, die vor dem 1. Geburtstag starben, dargestellt.

Die Bezugsgröße (100 Lebendgeborene) wurde zur Veranschaulichung ebenfalls abgebildet.

Rückgang der Säuglingssterblichkeit in Wien
Decrease of Infant Mortality in Vienna



Todesfälle im ersten Lebensjahr auf 100 Lebendgeborene
Deaths in the first year of life out of every 100 children born alive

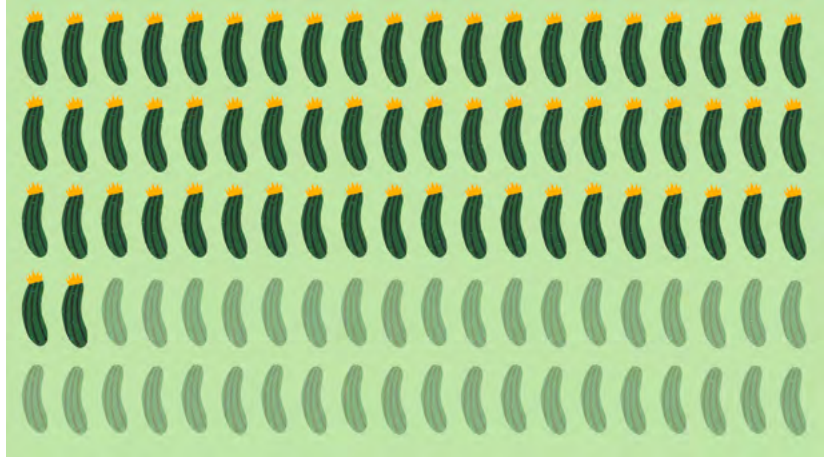
Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum
in Wien

T 974

Gurkenkönig Wien

Die Kunstuniversität Linz hat für die Wiener Landesstatistik die Isotype kindergerecht neu interpretiert.

62% der österreichischen Gurken werden in Wien geerntet.

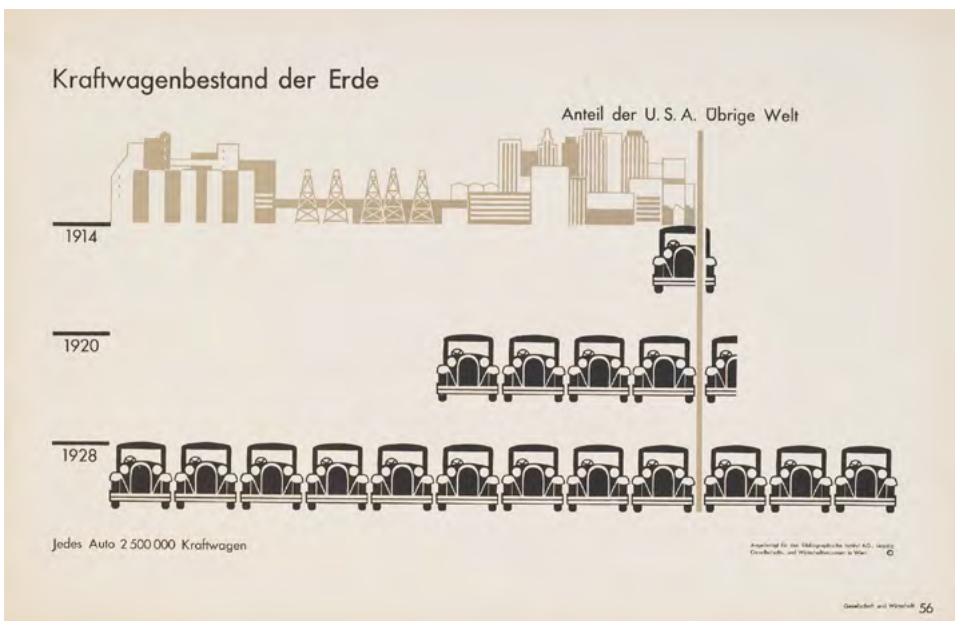


Kraftwagenbestand

Der typische Trennstrich zeigt in dieser Grafik den deutlich größeren Kfz-Bestand der USA im Vergleich zu allen anderen Ländern zusammen.



Der Künstler und Grafiker Gerd Arntz hat die ikonischen Zeichen entworfen.



Impressum

Medieninhaber und Herausgeber

Stadt Wien
Wirtschaft, Arbeit und Statistik (MA 23)
Meiereistraße 7, Sektor B
1020 Wien
Telefon: +43 1 4000 83059
post@ma23.wien.gv.at

Für den Inhalt verantwortlich:
Klemens Himpele

Redaktionsteam

Ramon Bauer, Gerlinde Haydn, Daniel
Jost, Alina Pohl, Franz Trautinger,
Andreas Weigl, Peter Wieser

Konzept, Design, Satz & Informationsgrafiken

Kunstuniversität Linz, Visuelle
Kommunikation: Tina Frank,
Raul Izquierdo, Clemens Schrammel,
Julia Singer

Druck

Wograndl Druck GmbH
7210 Mattersburg

Offenlegung

Statistische Analysen, welche die Stadt
Wien betreffen.

Zitationsvorschlag

Bauer, R. und Trautinger, F. (Hg.) (2019):
Das Rote Wien in Zahlen. 1919–1934.
Stadt Wien.

Rechtlicher Hinweis

Die enthaltenen Daten, Tabellen, Gra-
fiken, Bilder etc. sind urheberrecht-
lich geschützt. Haftungsausschluss:
Wir übernehmen keine Haftung für die
Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktu-
alität des Inhaltes. Nachdruck nur mit
Quellenangabe.

ISBN 978-3-901945-32-8

Gedruckt in Österreich auf öko-
logischem Druckpapier nach den
Kriterien von ÖkoKauf Wien.
PEFC zertifiziert.



PEFC/06-39-364/16

Diese Broschüre steht auf
statistik.wien.gv.at zum kosten-
losen Download zur Verfügung.

Wien, im Oktober 2019

